

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53.

Freitag, den 3. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“.

## Unentgeltlichkeit ärztlicher Hilfeleistung.

Der Gehentwurf über Kurpfuscherei lenkt unsere Aufmerksamkeit wiederum auf die Forderung unseres Parteiprogramms „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung (einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel)“.

In den früheren Jahrgängen der „Neuen Zeit“ wurde der Gegenstand mehrfach diskutiert, zuerst im 12. Band von einem praktischen Arzt, der nicht Parteigenosse. Es heißt da u. a.: „Ein Arzt, der sich voll und ganz seinen Kranken widmen will, muß pekuniär auskömmlich gestellt sein.“ Vollständig einverstanden. Und auch das ist richtig, daß in den Großstädten wie auf dem Lande manche, vielleicht viele Ärzte nur ein dürftiges Auskommen haben. Von diesem Gesichtspunkt wäre die Verstaatlichung des Arztberufes mit festem auskömmlichen Gehalt gewiß empfehlenswert.

Sie ist es aber auch in Rücksicht auf die Patienten. Wir haben da Patienten im Auge, die nicht dem Krankenkassenzwang unterliegen. Es ist natürlich, daß sich solche an Ärzte von Ruf und vielseitiger Praxis wenden. Unter diesen aber gibt es nicht wenige **U s b e u t e r**, die den industriellen Unternehmern als solche nicht nachsehen. Die Rechnungen, die sie (gewöhnlich um Neujahr) ausstellen, sind horrend. Uns sind genug Fälle dieser Art bekannt. Eine langwierige Krankheit verschlingt oft das ganze Vermögen des Kranken. Es steht ja in Deutschland nicht so schlimm wie in England, wo der Arzt für jeden Besuch eine Guinee (20 Mk.) berechnet. Aber es gibt auch hier Ärzte, die nicht viel weniger anrechnen, und das selbst dann, wenn der Patient zu ihnen in die Sprechstunde kommt. Kein Wunder daher, daß sich viele Kranke an Kurpfuscher wenden, die sie billig behandeln. Ärzte mit 20 000 Mk. Jahreseinkommen und darüber sind auch bei uns keine Seltenheiten.

Es kommt noch hinzu, daß auch Ärzte von Ruf ihre Behandlung manchmal recht oberflächlich betreiben. Die Medizin darf nicht schablonisieren, sondern muß ihren Beruf individualistisch betreiben. Um aber viele Besuche machen zu können, machen sie dieselben möglichst rasch ab, kümmern sich wenig um die individuelle Eigenart des Patienten, schreiben ihr Rezept und eilen weiter. Nur bei reichen Leuten, von denen sie besonders große Honorare erwarten, besonders, wenn ihre Ordination Erfolg hat, verweilen sie länger und geben sorgfältiger vor.

Es soll sogar Ärzte geben, denen die Heilung einer Krankheit garnicht sonderlich am Herzen liegt. Je länger sie sich hinauszieht, desto häufiger werden sie verlangt und desto länger wird ihre Rechnung. Man erzählt von einem Rechtsanwalt, dessen Sohn einen langwierigen Prozeß rasch zu Ende führte. Er wurde vom Alten tüchtig ausgescholten; denn jener Prozeß war für ihn eine Goldgrube. Ähnliches mag auch bei Ärzten vorkommen.

Die heutige medizinische Wissenschaft, schrieb in der „Neuen Zeit“ vor Jahren H. Vogel, unterscheidet sich dadurch praktisch von der früherer Zeiten, daß sie nicht nur Krankheiten zu heilen sucht, sondern es auch als ihre Aufgabe betrachtet, solche zu verhüten. Neben der Therapie (Heilung) ist die **H y g i e n e** (Gesundheitswissenschaft) getreten. Die Ärzte mit festem Einkommen ausgenommen, sind die andern alle darauf angewiesen, aus der Behandlung von Krankheiten ihren Unterhalt zu ziehen. Ihre hygienische Tätigkeit liegt brach, ja jede Bestrebung, die Entstehung von Krankheiten zu verhindern, verstopft ihnen die Quelle ihres Einkommens. „Die Gesundheitspflege ist der Feind des Arztes. Eine Choleraepidemie wie die hamburgische, ist eine oft im stillen ersehnte Goldgrube für ihn. Wie kann von ihm erwartet werden, daß er den Hof abjagt, auf dem er sitzt? So lange die Stellung der Ärzte als Gewerbetreibende nicht geändert wird, können sie kein Interesse haben für die Gesundheitspflege.“

Das alles spricht laut für die Forderung unseres Programms: daß die Medizin aufhört, ein Geschäft zu sein und die Ärzte vom Staat besoldet werden.

Während der heutige Staat den Geistlichen besoldet, als „Arzt der Seele“, schrieb Bruno Schönlanck zum Erfurter Programm, hat er sich noch nicht dazu bereit gefunden, den für das Wohlergehen der Menschen so wichtigen Arzt des Leibes zum Staatsdiener zu machen!

Es gibt in der Tat kaum ein Gebiet öffentlicher Fürsorge, wo das Interesse des Gemeinwesens so sehr mit dem individuellen Interesse parallel läuft, wie auf dem Gebiete der Krankheitsheilung und -verhütung. Am drastischsten zeigt sich das ja bei großen Epidemien. Sie bringen auch denen große Gefahr, die sonst durch ihre Lebensverhältnisse gesundheitlichen Gefahren weniger ausgesetzt sind.

Daher das allgemeine Interesse, auftauchenden Epidemien vom Beginn an mit aller Energie entgegenzutreten. Da steht sich denn das Gemeinwesen (Staat und Gemeinde) vor der brennenden Notwendigkeit, auch die ärztliche Hilfeleistung eventuell unentgeltlich zu gewähren.

Was aber für die Bekämpfung von Epidemien angebracht ist und tatsächlich geübt wird, ist mit gleichem Recht für die Bekämpfung der sonstigen Krankheiten zu fordern. Die Versäumung der rechtzeitigen ärztlichen Hilfeleistung im Krankheitsfall bringt mit dem Kranken, der vielleicht dauerndem Siechtum verfällt, auch der **A l l g e m e i n h e i t** Schaden, zwingt sie später, Anwendungen für den Siechen zu machen, die bei rechtzeitiger ärztlicher Hilfe hätten gelpart werden können. Aber auch, wo so schwere Krankheitsfolgen nicht eintreten, hat das Gemeinwesen ein hohes Interesse an der Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse.

Dazu ist aus den oben dargelegten Gründen die unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung eine der wichtigsten Voraussetzungen. Der Arzt muß dabei losgelöst werden vom privaten Verdienstinteresse, damit er sich ganz der Förderung der Volksgeundheit widmen kann, wie es für einen Teil der Kranken in den großen öffentlichen Krankenhäusern schon heute geschieht, freilich nicht unentgeltlich, aber unter erheblichen Zuschüssen des Staates.

## Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Donnerstag die zweite Lesung des Militäretats fort. Die allgemeinen Gesichtspunkte traten fast noch mehr als tags zuvor zurück; doch fehlte es wieder nicht an manchen politisch interessanten, ja bedeutsamen Momenten. So bildete sich gegenüber den Ausführungen des Genossen **N o s k e**, aber auch gegenüber dem sparsamen Reichschatzsekretär ein universalsbürgerlicher Remonteblock, der von Rogalla von Biberstein bis Jan Fegter reichte und die Preiserhöhung des heimischen Kaffees auf sein Banner schrieb. Der Remonteblock zerfiel aber bald wieder in seine Bestandteile, als der Fortschritt mit seiner Resolution herangerückt kam, die den Turnern militärische Privilegien erwirken sollte. Der Kriegsminister und die Rechte zitterten vor allem, was die Tendenz auf Verkürzung der Dienstzeit zu befördern scheint. Die Sozialdemokratie hat, wie Genosse **S c h ö p f** in treffend ausführte, keine Veranlassung, einen Stand privilegierter Turner zu schaffen. Sie will die Verkürzung der Dienstzeit für alle, nicht für die Turner allein, ganz abgeben davon, daß in der Praxis natürlich nur die politisch feindlichen Turner von der Vergünstigung Vorteil haben würden. So stimmten denn Sozialdemokraten, Konservative und Zentrum gegen den freisinnigen Antrag, für den sich außer den Antragstellern nur die Nationalliberalen erklärten, aber erst, nachdem der an sich sehr unbestimmt gefaßte Antrag durch Auslassung wichtiger Stellen völlig gegenstandslos geworden war. Den Schluß des Tages füllte eine ausgedehnte sozialpolitische Debatte aus, die der Zentrumsmann **S c h r m e r** mit Scheltreden gegen die Sozialdemokratie einleitete, denen ein würdeloses Anbieten bei der Militärverwaltung zur Seite ging. Genosse **B ö h l e** sagte — trotz der Störungsversuche des Vizepräsidenten **S p a h n** — dem Ausharbeiter aus den Zentrumsrängen gründlich Bescheid und beleuchtete die wenig erbauliche Mischung von Kapitalismus und Militarismus, wie sie gerade in den Militärbetrieben herrscht.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

Latein- und Deutschschrift.

Die Petitionskommission des Reichstages hatte eine Petition des Allgemeinen Altschriftenvereins über amtliche Zulassung der Lateinschrift und ihre Anwendung in den Schulen einstimmig dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. In letzter Zeit haben die Gegner gegen diesen Beschluß agitiert und erklärt, „daß durch diesen Beschluß die deutsche Schrift in Deutschland abgeschafft werde.“ Wie die „Berliner Börsenzeitung“ hört, ist die Stimmung im Reichstage der Einführung der Lateinschrift jetzt nicht mehr so günstig wie früher, einige Fraktionen haben sich mit dem Beschlusse der Kommission nicht einverstanden erklärt. Sollte die Petition im Plenum zur Sprache kommen, werden sich einige Fraktionen „auf das schärfste“ gegen die Einführung der Lateinschrift aussprechen.

Preußen und die Feuerbestattung.

Am Mittwoch ist dem preussischen Abgeordnetenhaus der Gesetzentwurf über die Feuerbestattung zugegangen, der 10 Paragraphen umfaßt. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Die Feuerbestattung darf nur in landespolizeilich genehmigten Anlagen erfolgen. Die Genehmi-

gung wird Gemeinden, Gemeindeverbänden und auch anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts erteilt, wenn die Zustimmung der für die Körperschaft zuständigen Aufsichtsbehörde vorliegt. Die Benutzung der Anlage darf nur nach einer von der staatlichen Aufsichtsbehörde genehmigten Gebrauchsordnung erfolgen, die einen Gebühren-tarif für die Benutzung der Einrichtungen halten muß. Die Verbrennung darf nur stattfinden, wenn folgende Dokumente beigebracht sind: die amtliche Sterbeurkunde, die amtsärztliche Bescheinigung über die Todesursache, der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Leiche angeordnet hat und die Bescheinigung der Orts-polizeibehörde des Sterbeorts, daß keine Bedenken gegen die Feuerbestattung bestehen, daß besonders ein Verdacht, der Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, nicht vorliegt. Vor der Bescheinigungserteilung ist die Leichenöffnung vorzunehmen, wenn einer der beteiligten Ärzte sie zur Feststellung der Todesursache für erforderlich hält. Die Anordnung der Feuerbestattung ist nur wirksam, wenn der Verstorbene sie nach vollendetem 16. Lebensjahre getroffen hatte. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer ohne Beachtung der Vorschriften eine Leichenverbrennung vornimmt, oder wer die Aschenreste nicht in der Urnenhalle oder in einer anderen behördlich genehmigten Bestattungsanlage beiseht.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die strafrechtlichen Bedenken gegen die Feuerbestattung nach dem heutigen Stande der medizinischen oder chemischen Wissenschaft keine ausschlaggebende Bedeutung mehr beanspruchen könnten. Ferner wird erklärt, die religiösen und kirchlichen Interessen würden bei Zulassung der fakultativen Feuerbestattung nicht in dem Maße berührt, daß ihnen nicht durch entsprechende Ausgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen im wesentlichen Rechnung getragen werden könnte.

Ein Universalmittel gegen Obstruktion

hat jetzt der Landtag für Schwarzburg-Sondershausen er-funden. Man hat dem Landesgrundgesetz folgenden Zusatz angehängt:

„Sind infolge Beschlussunfähigkeit des Landtages Vor-lagen unerledigt geblieben, so hat auf Antrag des Mini-steriums in einer frühestens drei und längstens sieben Tage später stattfindenden Sitzung eine erneute Beschlussfassung über diese Vorlagen zu erfolgen. In dieser Sitzung ist der Landtag beschlußfähig, wenn wenigstens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Hierauf ist bei der Anberaumung der Sitzung durch den Präsidenten besonders hin-zuweisen.“

Zur Beschlussfähigkeit war bisher die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten notwendig. Die Regle-rung hatte sogar vorgeschlagen, daß der Landtag „ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder“ be-schlussfähig sein sollte. Das Parlamentchen für Sonders-hausen besteht aus 18 Abgeordneten, von denen 6 vom Fürsten auf Lebenszeit ernannt werden. Während in öffentlichem Wahlverfahren die Wahlmänner zur Wahl von sechs Abgeordneten zu wählen sind, wählen die 300 Reichsten im Lande ihre 6 Abgeordneten direkt. Und trotzdem kriegt man es in diesem Parlament-chen wegen der Obstruktion mit der Angst zu tun? Im Bericht wird aber ausdrücklich hervorgehoben, daß eine Minderheit durch Obstruktion die Änderung des Landes-grundgesetzes, sowie des Kammergutsgesetzes verhindern kann, weil bei diesen eine Zweidrittelmehrheit vorgeschrie-ben ist.

Wer soll die Kosten der Kolonialkriege tragen?

Eine auf Ersuchen des Reichstages ausgearbeitete Denkschrift des Reichskolonialamts über die Fragen „Unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfange ein Schutzgebiet durch direkte Besteuerung zur Deckung von Kosten heranzuziehen ist, die aus Kriegsmahnahmen in diesem Schutzgebiet erwachsen sind“ ist soeben dem Reichstage zugegangen. Anlaß zu der Denkschrift bot der vom Reichstag abgelehnte Antrag, Deutsch-Südwestafrika mit einer Kriegsteuer von 80 Millionen Mark zu den Kosten des Hererokrieges heranzuziehen. In der Denk-schrift wird eingehend untersucht, wie andere Staaten diese Frage behandeln; es wird darin festgestellt, daß solche Auflagen nie als Steuern erhoben, sondern als Un-leihen den Kolonien aufgebürdet würden. Die Denkschrift kommt zu dem Schluß:

„Es ergibt sich hieraus für unseren eigenen Kolonial-besitz, daß dieser zur Deckung von Kriegskosten ebenfalls nur dann herangezogen werden kann, wenn hierdurch die finanzielle Bilanz nicht be-einträchtigt und ihre wirtschaftliche Ent-wicklung nicht gehemmt wird. Zurzeit sind aber in keinem deutschen Schutzgebiete die Verhältnisse derart, daß ihnen eine Kriegskostenanleihe oder gar Kriegsteuern zugemutet werden könnten. Dies gilt besonders auch für Südwestafrika, das jetzt ebenso wie Transvaal im Jahre 1906 am Anfang einer ganz neuen wirtschaftlichen Entwicklung steht.“

### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Donnerstag kam es im Abgeordnetenhaus zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und National Liberalen. Auf der Tagesordnung stand allerdings nur die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbe-Verwaltungen, aber der Abg. Dr. Hahn fühlte sich veranlaßt, bei einem unbedeutenden Titel eine große Agitationsrede zugunsten des Bundes der Landwirte zu halten und seiner Gewohnheit entsprechend nach allen Seiten Sensuren auszuschleudern. Die National Liberalen erwiderten, und da außerdem auch noch einige andere konservative Redner in die Debatte eingriffen, wurde es recht interessant. Die Herren plauderten allerhand Geheimnisse ihrer Parteien aus. So verriet Abg. Dr. Hahn, daß sich der Bund der Landwirte, der angeblich die Warenhäuser bekämpft, von der „Deutschen Tageszeitung“ das Geld für die Annoncen des Warenhauses Wertheim geben läßt. Ferner verriet er, daß der Bund der Landwirte, der immer so tut, als ob er für den Mittelstand eintritt, den Mittelstand dadurch schädigt, daß er seinen Mitgliedern allerhand Waren verkauft. Ebenso interessante Geheimnisse wie Herr Hahn, verriet sein Fraktionsfreund Hammer. Hammer zog gegen den Abgeordneten Kahardt zu Felde, der bekanntlich aus der konservativen Fraktion ausgetreten ist und mit dem Hanlabund gemeinsame Sache macht. Das ärgert die Konservativen und aus Rache erzählte Hammer nun, daß Kahardt, der Borkämpfer für die Interessen der Handwerker, von allen möglichen politischen Gegnern Gelder für seine Zwecke angenommen habe. Kahardt behauptete allerdings, seine Weste sei weiß, aber es scheint doch, als ob sie manche Flecken aufweist. Nebenbei bemerkt, genierten sich die konservativen Redner nicht, Privatbriefe und Privatgespräche der Öffentlichkeit preiszugeben.

Von unserer Seite griff Genosse Leinert in die Debatte ein, um die verheerende Agitation des Bundes der Landwirte in Hannover zu schildern. Auch bei einem weiteren Titel beteiligte sich Leinert an der Diskussion; er nahm die Rechtsauskunftsstelle, die die Gewerkschaften errichtet haben, gegen verschiedene Angriffe in Schutz.

Am Freitag beginnt die Beratung des Etats der Bauverwaltung.

### Der Termin der Reichstagswahlen.

Die fortgesetzt neu auftauchenden und sich stets widersprechenden Nachrichten über den Termin der kommenden Reichstagswahlen haben nur das eine gemeinsam: Gewisse weiß man nicht.

Die „Berliner Börsenzeitung“ will nun erfahren haben, daß die Regierung, ehe sie bindende Beschlüsse faßt, erst den Verlauf der Verhandlungen des Reichstages abwarten will. Es besteht die Absicht, mit den Führern der Mehrheitsparteien eine Verständigung über die unbedingt noch zu erledigenden Vorlagen herbeizuführen. Man hofft, damit bis Juni fertig zu werden.

Viele Darstellung hat entschieden ziemlich viel für sich. Der Reichstag hat momentan eine solche Fülle von Arbeit, daß eine ganze Session kaum genügen würde, damit fertig zu werden. Die Regierung wünscht nun bei einigen Vorlagen wenigstens den Abschluß der Kommissionsberatungen, um dann dem neuen Reichstag Vorlagen machen zu können, die diese Beschlüsse zur Grundlage haben. Kommt, so führt dann die „Berliner Börsenzeitung“ aus, keine Verständigung zustande, dann hat die Regierung an weiteren fruchtlosen Verhandlungen kein Interesse, dann wird der Reichstag geschlossen und Neuwahlen für den Herbst ausgeschrieben. — Eine Entscheidung ist demnach erst nach Ostern zu erwarten.

### Landtags-Ergebnisse in Bielefeld.

Bei der Landtags-Ergebnisse am Donnerstag in dem Wahlkreis Bielefeld-Herford-Halle wurde der konservative Kandidat, Malermeister Lieneweg-Werther gewählt. Er erhielt 484 Stimmen, Prof. Dr. Cunge, Reichstags-Abgeordneter für Herford-Halle (N.) erhielt 202 Stimmen. Von 1058 Wahlmännern haben 686 ihr Wahlrecht ausgeübt. Von den 372 Wahlmännern, die sich nicht an der Wahl beteiligt haben, gehören 242 der sozialdemokratischen Partei und 64 der christlich-sozialen Partei an.

### Der Kronzeuge des preussischen Kriegsministers.

Am Dienstag erklärte der preussische Kriegsminister auf eine Anfrage des Abg. Stücken, als Verbreiter der antimilitaristischen Flugblätter in Baden komme ein gewisser Feil aus Weiler in Baden in Frage. Dieser Feil (das ist der richtige Name) ist keineswegs ein anarchistischer Anarchist, sondern kann eher als Zentrumsanhänger bezeichnet werden. Er stammt aus der Heilbrunner Gegend; sein Vater gilt als Zentrumsmann. Der Sohn ist ein mehrfach vorbestrafter Mensch, der u. a. wegen Vergehens gegen den § 175 und einer in Verbindung damit begangenen Erpressung unter Anklage gestanden hat. Er gehört weder seiner Berufswirtschaft (Maurer) an, noch ist er Leser der sozialdemokratischen oder anarchistischen Presse. Wenn er jene Flugblätter mit dem wahrwahrscheinlichen Inhalt verbrochen hat, ist er jedenfalls für die Verbreitung bezahlt worden, sodaß die Vermutung, es handle sich um erbärmliche Lockspitzerei, neuen Boden gewinnt. Feil sitzt übrigens seit Neujahr in Untersuchungshaft.

### Zum Zuwachsteuergesetz.

Am Reichstagsamt finden vom 1. bis zum 3. März Beratungen über die Ausführung des Zuwachsteuergesetzes statt. Vertreten sind: der städtische und ländliche Grundbesitz, Gewerbe, Handel und Industrie, soweit sie am Grundstücksverkehr interessiert sind, darunter der Bergbau, ferner der deutsche Bauverein, Beamte staatlicher und städtischer Körperschaften, die bisher schon mit der Ausführung der Zuwachsteuer beauftragt waren, Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Städtebundes und andere mehr. Der Lage der Sache nach werden die Verhandlungen sich im wesentlichen auf das Verfahren bei Durchführung des Gesetzes zu erstrecken haben.

Das Gesetz, das am 1. April d. J. in Kraft tritt, wird gegenwärtig auf Veranlassung der Regierungspräsidenten und der Landräte von den Gemeindeverwaltungen besprochen. Bei den jetzigen Beratungen soll die Frage

erörtert werden, ob die bestehenden Zuwachsteuerordnungen zu Recht bestehen bleiben oder ob sie durch das Reichszuwachsteuergesetz abgelöst werden sollen.

### Gegen die Kleinrenterei

wenden sich im Weimarschen Landtag unsere Genossen. Anlässlich eines von den Konservativen gestellten Initiativantrages, Reformen in der Staatsverwaltung einzuführen, brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten folgenden Antrag ein:

„Die Großherzogliche Staatsregierung wird ersucht, mit den Regierungen der anderen Thüringer Kleinstaaten in Verbindung zu treten, zwecks Schaffung einer gemeinsamen gesetzgebenden Körperschaft und einer gemeinsamen Verwaltung für diese Staaten.“

Obwohl die Liberalen die Tendenz des Antrages als „zweckmäßig“ bezeichneten und die Fortschrittler erklärten, daß sie mit dem Antrage „sehr sympathisierten“, ja sogar der Staatsminister die Schaffung eines Thüringischen Parlamentes als „sehr verlockend“ bezeichnete, stimmten sämtliche Abgeordnete der bürgerlichen Parteien gegen diesen Antrag. Als Grund wurde angegeben, daß man diese Frage einmal „später“ eingehend behandeln müsse.

### Kempten-Zimmernstadt.

Zu dem Ausfall des ersten Wahlganges der Reichstagsersatzwahl in Kempten-Zimmernstadt-Lindau schreibt unser Münchener Parteiblatt, die „Münchener Post“:

Dieses Ergebnis läßt sich erst richtig würdigen, wenn man die allgemeinen und die besonderen Umstände dieser Nachwahl in Betracht zieht.

Wenn wir von allgemeinen Umständen hier reden, meinen wir die allgemeinen bayerischen, denn es hieße unsere Leser beleidigen, wollten wir ihnen die bestimmenden Momente der reichspolitischen Situation noch einmal wiederholen.

Über die bayerisch-politische Lage in ihrem Zusammenhang mit der Nachwahl für Kempten-Zimmernstadt-Lindau kurz zu beleuchten — das ist keine überflüssige Arbeit. Denn diese Arbeit hat sich vollzogen unter den Nachwirkungen des großen Zentrumsparteitag in München, im Zeichen des „Kriegs bis aufs Messer“ gegen die Sozialdemokraten und unter dem 10-bändigen Denunziationsgeschrei der Zentrumspreffe gegen alles, was auch nur im entferntesten im Verdacht einer Sympathie für unsere Partei steht. Gleichzeitig unter dem Druck der eifrigen Geheimarbeit der Mehrheitspartei gegen die Roten. Der eifrigen Geheimarbeit in Ministerjimmern und Amtsstuben, der Geheimheim Wühlerei in der Kamille und der terroristischen Beeinflussung der Saatbesitzer zum edlen Zwecke der Abtreibung von Versammlungsorten.

Dazu eine agitatorische Entfaltung aller Zentrumskräfte in dem Wahlkreise, die sich nicht mehr überbieten läßt. Ein sanftlicher Eifer der gutverbreiteten Zentrumspreffe, der nicht übertrumpft werden kann und ein „Werken“ mit allen Mitteln der Abschreckung und Verleumdung.

Meister der Zentrumsrede und Könige im Reiche des Zentrumsgedankens waren im Aggäu erschienen, um für die gute Sache zu wirken. Parteikreisfäre und Agitationsleiter des Zentrums hatten sich heimlich niedergelassen und mochenlang den Boden gepflügt und beackert.

Aber ach, alles umsonst! Die Lobtäter mit dem Bergstock, die Kränklichen mit dem Schimmel, der Sturmhaubenklub, die Nachbarn der Sterne oben, die Zauberslöde und die oratorischen Meisterwerke des Herrn Ernst Emminger haben das Unheil nicht verhindern können, die Zentrumspartei unter Stimmenverlust in die Stichwahl zu drängen und der verhassten, verfolgten, mit Denunziationen und Gewaltmitteln bekämpften Sozialdemokratie die Rolle des ausschlaggebenden Teiles zu besichern. . . .

Gegenüber den Bemühungen der gegnerischen Parteien hat sich die Agitation der Sozialdemokratie in diesem Wahlkreise in normalen und man darf sogar sagen in bescheidenen Grenzen bewegt. Sie war dazu beengt durch den Terrorismus der schwarzen Dreiflegetaktik und durch die klerikalen Widerstände gegen den Ausbau unserer jungen Organisation. Handelte es sich doch für die bayerische Parteileitung darum, zu sehen, was der Wahlkreis aus eigenem für uns zu leisten imstande ist. Darum wurde auch von einer Agitation abgesehen, die über das Maß dessen geht, was bei den Hauptwahlen erfolgen kann.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 3. März.

Zum Kampf mit die Jugend wird uns geschrieben: Der Mensch ist in keinem Lebensalter für äußere Einflüsse so empfänglich wie in einer Jugendzeit, also im Alter von 14-20 Jahren. Diese Tatsache rechtzeitig erkannt und benutzt zu haben, muß man unseren Gegnern zugeteilen. Seit Jahrzehnten haben sie in den christlichen Junglingsvereinen Einrichtungen geschaffen, um die Jugend in ihren Bannkreis zu ziehen und ihrer Weltanschauung zuzuführen. Kein Mittel und kein Opfer ist dabei gescheut worden. Auch die Unternehmer steuerten dazu bei, um die Jugend — und vor allem die arbeitende Jugend — zu willigen Werkzeu ihrer Ausbeutung zu erziehen. Schon aus blohem Klasseninteresse lassen die Reizenden recht ansehnliche Geldmittel in die Kassen der bürgerlichen Jugendvereine fließen, damit diese auch fernerhin die Jugend fromm, patriotisch und unternehmerlich erziehen, und vor den Verführungsakuten der Sozialdemokratie warnen sollen. In ihren Reden sagen die Herren freilich nichts davon. Da ist es nur die Liebe zur Jugend, die sie treibt, sich ihrer anzunehmen, während es in Wirklichkeit das niedrigste Selbstinteresse ist.

Durch alle Gauen des Deutschen Reichs — von Memel bis Colmar und von Königshütte und Kosenheim bis Haderleben — tobt dieser Kampf um die Jugend. Besonders aber in den Großstädten und den Industriezentren versuchen die Bürgerlichen, der Arbeiterschaft ihre eigene Jugend zu entreißen. Aber wie noch immer bisher ist auch die organisierte Arbeiterschaft auf diesen Kampfplatz getreten. Nachdem die Proletarierjugend ihre Organisationen aufbaute, nahmen auch bald darauf die beiden Hauptzweige der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung — Partei und Gewerkschaften — auf ihren Kon-

greifen Stellung zu dieser brennenden Frage. Sie machte es jedem Parteigenossen und jedem Gewerkschaftler zu Pflicht, die freie, proletarische Jugendbewegung nach Kräften zu unterstützen. Nachdem so die klassenbewußte Arbeiterschaft die Wichtigkeit der Erziehung ihres Nachwuchses erkannte und die Leitung der freien Jugendbewegung selbst in die Hand nahm, ist dieser jüngste Sproß der Arbeiterbewegung überall mächtig emporgesproßt.

Auch in unserer Stadt hat die proletarische Jugendbewegung ausgezeichnete Fortschritte gemacht. Über 200 junge Arbeiterjöhne und -töchter befestigten sich zu ihr.

Es ist aber jetzt unsere Pflicht, unsere Proletarierjugend zusammenzuhalten, den jungen Leuten Aufenthaltsräume zu bieten, in denen sie sich auch wirklich heimlich fühlen können, in denen es ihnen besser gefällt als selbst im Elternhaus, in denen sie Sammlung, Belehrung und Unterhaltung finden, wozu sich ein Gasthaus, auf das wir bis heute angewiesen sind, nicht immer besonders gut eignet. Der Jugendausschuß plant nun, vorläufig mehrere Räume zu mieten und diese einfach aber geschmackvoll auszustatten. Es würden mindestens zwei große Zimmer erforderlich sein. Eins derselben ist als Unterhaltungs- und Spielraum, das andere als Bibliothek- und Lesezimmer gedacht. Solche Jugendheime bestehen schon in einer ganzen Anzahl von Städten, selbst in kleineren Orten. Die hiesigen maßgebenden Instanzen der Partei und Gewerkschaften sind auch im Prinzip mit der Schaffung dieser Räumlichkeiten einverstanden. Wenn das nicht sofort geschehen kann, so hindern uns die in Aussicht stehenden großen politischen Kämpfe, jetzt Mittel für die Errichtung des Jugendheims flüssig zu machen. Aus dem Grunde sind wir auf die freiwilligen Beiträge der klassenbewußten Arbeiterschaft angewiesen. Zu diesem Zwecke ist die Ausgabe von Jugendheim-Marken beschlossen worden, durch die den Spendern eine Quittung für ihre freiwillig geleisteten Beiträge eingehändigt wird.

Die Lübecker Arbeiterschaft hat ihren Opfermut noch bei jeder Gelegenheit bezeugt. Wir hoffen, daß sie uns auch in den Stand setzt, der hiesigen arbeitenden Jugend ein Heim einzurichten zu können.

Gerade gegenwärtig ist das dringend notwendig, trotzdem oder weil unsere Jugendbewegung zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Denn gerade jetzt setzen die Gegner die Hebel an — wir erinnern nur an den von der Gewerkschaft ins Leben gerufenen Lehrlingsverein — um die Jugend zu entreißen und die junge Bewegung zu unterdrücken. Unternehmer und Handwerksmeister, schwarz-blaue und schwarz-weiße Jugendvereine, Junfer, Merkale und Liberale reichen sich die Hände, um der proletarischen Jungmannschaft ein starkes Bollwerk entgegenzusetzen.

Dazu kommen in Breußen noch die Polizei und Behörden, die unsere Bewegung nach Möglichkeit knebeln und zu unterdrücken suchen. Kurz und gut, gewaltiger denn je ist heute der Kampf um die Jugend entbrannt, und in alle Weite des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens tritt er seine Schatten. Letzten wir den Erfolg dieses Kampfes auf unsere Mühen, indem wir durch gute und schöne Einrichtungen die arbeitende Jugend an uns fesseln.

Helfen wir dazu, unserer Lübecker Proletarier-Jugend ein würdiges Heim zu schaffen!

Die Sietverhältnisse in Lübeck. Die Bürgerschaft wird sich am kommenden Montag mit einem Senatsantrag zu beschäftigen haben, der die Bereitstellung von Mitteln zu Vorarbeiten für Verbesserung der Sietverhältnisse Lübecks verlangt. Da gerade die Sietverhältnisse einer Stadt von großer sanitärer Bedeutung sind, so ist es nur zu begrüßen, daß hierorts die Frage der Verbesserung der Sietverhältnisse eingehend geprüft werden und die Ergebnisse dieser Prüfung zu positiven Maßnahmen führen sollen. Es ist deshalb wohl mit großer Sicherheit anzunehmen, daß die Bürgerschaft der Senatsvorlage, die will, daß der Bauverwaltung zur Ausführung von Untersuchungen des Sauerstoffgehaltes der Gewässer um Lübeck und für die Bearbeitung eines Entwurfes für die Abwasserbeseitigung 7400 Mk. bewilligt werden, einstimmig zustimmt. Interessant ist nun ein sehr umfangreiches Gutachten, welches der Kölner Bauart Steuerungsamt über die Sietverhältnisse der Stadt Lübeck erlattet hat. Nach eingehenden Darlegungen beantwortet dieser Sachverständige die Frage: „Sind die jetzigen Entwässerungsverhältnisse in Lübeck so beschaffen, daß die natürlichen Verfluter die Abwässer des gesamten Stadtgebietes noch längere Zeit in der bisherigen Weise durch verteilte Sietmündungen aufnehmen können, oder ist in Rücksicht auf deren Verunreinigung im hygienischen Interesse eine Änderung erforderlich?“ dahin: Mit Rücksicht auf die Verunreinigung der Lübecker Gewässer erscheint im hygienischen Interesse eine Änderung der Entwässerungsverhältnisse geboten. Die Antwort auf die Frage: „In welcher Weise werden bei einer Änderung des bisherigen Entwässerungssystems die Abwässer am besten den Vorflutern zugeführt?“ lautet: Es wird vorgeschlagen, sämtliche Ausmündungen der vielen Stiehkäntle in die Lübecker Gewässer zu beseitigen und die Kanäle nebst ihren Verzweigungen besonderen Sammelsäulen der einzelnen Stadtteile zuzuführen, welche sich unterhalb des bebauten Stadtgebietes vereinigen und dortselbst an geeigneter Stelle die Sietwässer der Trabe überliefern. Vor ihrer Einleitung sollen die letzteren einer Reinigung unterzogen werden, deren Wirkungsgrad mindestens der heutigen natürlichen Reinigung entspricht. Es wird hierzu eine technisch gut durchgebildete mechanische Reinigung, bei welcher etwa 65-70 Prozent der im Sietwasser enthaltenen suspendierten Stoffe ausgeschieden werden, für ausreichend erachtet. Es dürfte hierdurch sowohl den hygienischen als auch den wirtschaftlichen Forderungen ausreichende Rechnung getragen werden. Eine zentrale Entwässerung, eine Zusammenführung aller Sammelsäulen an einer Stelle mit einer einzigen Pumps- und Zentralkläranlage wird sich, abgesehen von örtlichen, schon aus wirtschaftlichen Gründen empfehlen, da der Bau und Betrieb derselben derselben gegenüber über einer Anzahl von Einzelsäulen sich viel billiger stellt. Die Untersuchungen haben aber ergeben, daß die Kanalisation mit der an der Kläranlage in Aussicht genommenen Siethöhen nicht durchführbar ist und diese um mindestens 1 Meter tiefer gelegt werden muß. Der Betrieb der Kläranlage erfordert alsdann, daß das Sietwasser zeitweise und oft auch lange Dauer in die Trabe übergepumpt wird. Das Gutachten schließt: Es ist m. E. in hygienischer Beziehung nicht erforderlich, daß die geplanten Anlagenarbeiten sofort in vollem Umfang ausgeführt werden. Man wird mit den nötigen Arbeiten beginnen und diese alsdann auf Grund der gewonnenen Erfahrungen und Ergebnisse schrittweise und systematisch fortsetzen. Allgemein empfehlenswert, der Reinigung der Straßen ein besonderes Interesse zuzuwenden. Ist dieses in einer großen modernen Stadt schon im ästhetischen und Reinheitsinteresse geboren, so muß auch andererseits beachtet werden, daß diese Beseitigung des Straßenschmutzes immer noch billiger und besser ist, als wenn derselbe aus den Kanälen, aus der Kläranlage oder dem Fluße herausgeschafft werden muß. Aus ähnlichen Gründen sind alle Straßen mit Schlammsäcken zu versehen, wie dieses jetzt fast ausnahmslos in allen Städten eingerichtet ist. Ferner möchte ich mich den

**Ausführungen im Berichte der Bauinspektion an den Bauinspektor Volker vom 11. November 1900** an-  
schließen, wonach auf Grund des § 6 des Siedegesetzes vom 26. Mai 1898 eine verstärkte Aufsicht des Schlachthofbetriebs, der Fischräuchererei und aller sonstigen gewerblichen Betriebe bezüglich Einleitung von stark verunreinigten (insbesondere durch organische Substanzen) Wässern in die Seele und Gewässer gefordert wird. Es scheint mir nicht richtig, daß einzelne Betriebe aus Sparsamkeitsrück-  
sichten auf Kosten der Allgemeinheit sündigen. Die zu erlassenden Vorschriften müssen sich selbstverständlich im Rahmen des Möglichen und wirtschaftlich Zu-  
lässigen bewegen und ohne Härten ausgeführt werden. Was die baulichen Arbeiten anlangt, so erscheint es mir am notwendigsten, daß in erster Linie die Zustände im Stadtgraben eine Verbesserung erfahren. Dieses erfordert, daß die zahlreichen in denselben einmündenden Siedeklässe von St. Lorenz beseitigt und die Siedewässer durch den geplanten einheitlichen Sammelkanal bis unterhalb der Stadt und durch einen Dichter unter der Trave hindurch nach der Kläranlage in den Travewiesen geführt und dorten gereinigt werden. Anschließend hieran würden die Wasser des Sammel-  
lers der Curtiusstraße ohne größere Kosten nach der Kläranlage geführt werden können. Die Kläranlage selbst würde man, wenn irgend möglich, nicht größer bauen als das Ver-  
hältnis erfordert. Man kann dann im Verlaufe der Erfahrungen sammeln und die Wirksamkeit derselben und ihren Einfluß auf den Keimheitszustand des Flusses kontrollieren. Weiterhin würde sodann nach und nach der Bau des Sammlers von St. Jürgen durch die Falken- und Hafenstraße, die Seele von St. Gertrud, der östliche Kanal der Innenstadt, der westliche Sammler der Innenstadt und die noch fehlenden Siedestrecken der Binnengebiete in Angriff genommen werden müssen. Die Reihenfolge der vorzunehmenden Arbeiten hängt noch wesentlich von der baulichen Entwicklung der Stadt ab und wird man einem solchen Bedürfnisse jeweils Rechnung tragen müssen.

**Die Waldschulkommission** wendet sich durch einen Auf-  
ruf an die hiesige Bevölkerung mit der Bitte, der gemein-  
nützigen Tätigkeit der Kommission auch in diesem Jahre wieder durch einmalige Gaben oder jährliche Unterstützungen zu helfen. Allen Volksgenossen sei die Waldschule ans Herz gelegt. Eine Serie hübscher Bildaufnahmen, zurzeit im Schaufenster der Buchhandlung von Lübe und Möhring aus-  
gestellt, bietet den Vorübergehenden ein Bild vom vielfäl-  
tigen Leben und Treiben in der hiesigen Waldschule. Die  
Bilder sind für die Hygiene-Anstalt in Dresden bestimmt.  
Die Anmeldungen zur Waldschule müssen jetzt geschehen.  
Herr Dr. med. J. Meyer, Johannisstraße 12, nimmt sie in  
der Zeit vom 1.—18. März in den Sprechstunden nachm von  
4—5 Uhr entgegen.

**Arbeiterkrise.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich  
gestern nachmittags gegen 4 Uhr in der Lübecker Maschinenbau-  
gesellschaft. Dem Schmied G. Weisbach, wohnhaft in Kense-  
feld, sprang bei seiner Arbeit eine Klammer entwei und ein  
Stück davon slog ihm mit großer Wucht an den Kopf. Der  
Bedauernswerte erlitt sehr erhebliche Verletzungen und mußte  
mittels Dreifache nach seiner Wohnung gebracht werden.

**Brandunglück.** Mittwochabend gegen 6 1/2 Uhr hatte  
eine der besetzten Bewohnerinnen des Stüttes Halenbof,  
Johannisstraße, das Unglück, eine Lampe unzulässig. Das  
Balken der Lampe wurde zertrümmert und das Petroleum  
in Brand gesetzt. Auch die Kleider der alten Frau, die be-  
reits die Schwelle der neunziger Jahre überschritten hatte,  
gingen Feuer, durch welches die Arme so schwere Brandwun-  
den erlitt, daß sie noch in der folgenden Nacht ihren qual-  
vollen Leiden erlag.

**Seinem Leben ein Ende** machte am Mittwochabend  
der Arbeiter M., indem er sich bei der Trennanhalt mittels  
Lyfols vergiftete. Wie es heißt, sind geschäftliche Sorgen  
das Motiv der unseligen Tat.

**Über Trennungen und Höhen im Liebesleben** sprach am  
Mittwoch und Donnerstag der bekannte Redner Rein-  
hold Gerling in den Zentral-Sälen vor vollem Hause.  
In wohlwollenden Worten schilderte Gerling den Gegen-  
satz der sich im Liebesleben zwischen Natur- und Kultur-  
mensch aufzuetan und wies neben den hygienischen auf die  
sozialen Schäden hin, die der moderne Staat und die Ge-  
sellschaft geschaffen. Die meisten „Kultur“-mensch suchen im  
Weibe nur das andere Geschlecht, das sie nach Erreichung  
ihres Zweckes schmerzlos der Not überantworten. Er erinnerte  
an das große Glück ungezügelter lediger Mütter, die von  
schlaftrunkenen Verführern im Stich gelassen werden. Die Er-  
ziehung zum Pflichtbewußtsein im Liebesleben muß den  
reifenden Mädchen und Knaben schon im Elternhause und  
in der Schule zuteil werden, an die Stelle der falschen  
Ehram die Wahrheit treten, die werdende Mutter den weite-  
sten Schutz des Staates genießen. Die Ausführungen des  
Redners waren von hohem sittlichen Ernst getragen und  
erzielten reichen Beifall. Eine Anzahl Lichtbilder ergänzten  
und veranschaulichten den Text.

**Märzbeginn.** Der Februar, der uns durchaus milde  
Wetter und in seinem letzten Drittel Sturmgebraus, Regen-  
und Hagelböen, einmal auch ein winterliches Schneegestöber  
brachte, hat ausgeregt und das Regiment an den März ab-  
getreten. Dieser Monat gehört schon dem Frühling an, und  
er gemahnt uns an die Bestellung des Gartens. Aber in  
den Gärten ist der Boden noch zu naß, und der März muß  
erst seinen bösen Dämon, den sogenannten „Osterhase“, senken  
und den Erdboden austrocknen und bearbeitungsfähig  
machen. Auch sonst stellen wir noch besondere Ansprüche an  
ihn und fordern von ihm neun Sommertage, die er uns ge-  
wissermaßen aus alter Gewohnheit schuldig ist. Hoffentlich  
bleibt er uns nichts schuldig von dem, was wir von ihm er-  
warten. Vorderhand hat er allerdings das nasse, stür-  
mische und unfreundliche Regiment seines Vorgängers über-  
nommen. Heute ist allerdings zur Abwechslung einmal  
wieder heller Sonnenschein, den wir uns auch für die kom-  
menden Tage wünschen.

**Gefundene Gegenstände.** Im Monat Februar d. J.  
sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht  
wieder abgefordert worden: 1 Portemonnaie mit Inhalt,  
1 wertvoller Ring mit Stein, 1 gold. Dublet-  
Armband, 1 gold. Dublet-Kneifer, 1 silberne Damenuhr, 1 Brosche,  
2 Brillen, 1 Zigarettentüte, 1 Fahrradluftpumpe, 1 Sport-  
kappe, 1 Pelzboa, 1 Damengürtel, 1 Paar Damenstrümpfe,  
1 Mädchenkleid, 1 weiße Schürze, 1 Paar Damenschuh-  
schuhe, 1 Herrenfilzhut, 1 braune Damenhandtasche, 1 Muffen-  
tasche mit Inhalt, 2 Pferdebeden sowie mehrere Schirme und  
Handtücher.

**Schwankende Gesundheit.** Die Gesundheitsverhältnisse  
haben sich in der zweiten Februarwoche vom 5. bis zum  
11. Februar in vielen deutschen Städten um etwas gebessert,  
indem die Sterblichkeit zurückgegangen ist. Auf 1000 Ein-  
wohner und aufs Jahr berechnet, starben von den Städten  
mit mindestens 70000 Einwohnern in Wochen  
22,0, Altona 13,9, Augsburg 20,8, Barmen 15,1,  
Berlin 14,9, Bielefeld 10,0, Bochum 20,1, Bonn 18,3,  
Borbeck 16,8, Braunschweig 16,3, Bremen 12,6, Breslau 18,0,  
Charlottenburg 10,8, Chemnitz 18,0, Danzig 19,8, Darmstadt  
17,3, Dortmund 15,3, Dresden 14,3, Deutsch-Wilmersdorf 11,4,  
Duisburg 15,4, Düsseldorf 19,1, Elberfeld 14,1, Eriurt 14,0,  
Essen 11,1, Frankfurt a. M. 13,7, Freiburg i. S. 24,3,  
Kölnsburg —, Frankfurt a. O. —, Fürth —, Gera —,  
H.-Gladbach —, Gleiwitz —, Göttingen 20,2, Götting 13,6,  
Hagen 13,5, Halle a. S. 17,0, Hannover 15,3, Hamburg  
12,3, Harburg —, Hannover 15,3, Heilbronn —, Karlsruhe  
17,6, Kassel 16,3, Kiel 17,7, Köln 17,8, Königsberg i. P. 19,7,  
Kaiserlautern —, Königsbrunn —, Krefeld 14,1, Koblenz  
—, Leipzig 13,9, Lindau 15,6, Ludwigsl. —, Lübeck  
10,0, Ludwigsfelde 10,0, Magdeburg 16,8, Mainz 15,5,  
Mannheim 17,2, Meißen —, Weidenhausen i. G. 19,4,  
Mühlheim a. d. R. 15,2, München 17,4, Münster  
13,2, Nürnberg 18,7, Oberhausen 15,0, Osnabrück 13,1,  
Pflaun i. P. 14,6, Posen 24,6, Remscheid 13,7, Rixdorf  
12,3, Saarbrücken 15,8, Scharnebeck 12,9, Spandau 9,8,  
Stettin 17,8, Straßburg i. G. 16,0, Stuttgart 18,4, Wies-  
baden 27,7, Würzburg 18,5, Zabrze —, Zwickau 22,7.

**Aufgang eines Rosenbeetes.** Wer sich zum Frühjahr  
ein Rosenbeet anlegen will, der muß jetzt schon die Vorbe-  
reitungen treffen. Zuerst kommt's auf einen geeigneten Platz  
an. Pflanze keine Rose in der Nähe oder gar unterhalb  
schattiger Baumstämme. Noch in der Endernunft von einem  
Meter der Baumkrone entzweit sie nicht und ist bestrebt,  
sich vom Schatten ab dem Licht zuzuwenden. Auch die Stelle,  
wo sie den ganzen Tag von der Sonne beschienen werden  
kann, ist nicht der beste Platz. Wenn nämlich zur Rosen-  
zeit sich früh morgens die Knochen erschließen, beneigt  
vom Morgentau, dann möchten wir wünschen, daß sie uns  
immer in dieser Schönheit erhalten bleiben. Doch  
bald steigt die Sonne höher mit brennender Glut und die  
Rosenblätter öffnen sich, um bald schlaf an ihren Stengeln  
herabzuhängen. Dort, wohin die Morgen- und Spätmach-  
mittagssonne scheinen kann, und wo die hohen Bäume wäh-  
rend der heißen Mittagsstunde etwas Schatten spenden, ist  
der geeignete Platz. Dasselbst kann man die Rosen unter  
einem Abstand nach allen Seiten von 50 bis 60 Zentimetern  
aufpflanzen. Ferner kommt der Boden in Betracht wo die  
Anpflanzung gemacht werden soll. Man muß nicht währen,  
daß da die Rosen schon arbeiten müssen, wo flachwurzeln-  
des Gemüse wächst. Nein, die Wurzeln der Rosen  
gehen tiefer. Es muß darum der Boden auf 60  
Zentimeter Tiefe rauh und die obere mit der unteren Erde  
gut vermischt, dabei aber gleichzeitig reichlich Stallmist und  
Kalk mit untergegraben werden. Wo etwa in einer Tiefe  
von 40—50 Zentimetern Gips oder Düngel sich vor-  
findet, muß diese harte Erdschicht herausgehoben und durch  
gute fruchtbare Erde ersetzt werden. Endlich müssen die  
Rosen zur Pflanzzeit im Frühjahr beizeiten in einer Gär-  
nerei bestellt werden, damit die verlangten Sorten noch vor-  
rätig und nicht schon vergriffen sind.

**pb. Diebstahl.** Aus einem Hause der Clemonstiere  
wurde am Dienstag, dem 28. vor. Mts., eine wohlbedeute

**Handtasche mit gelblichem Futter gestohlen.** In der Hand-  
tasche befand sich ein Handschein über eine im August vor-  
J. im Städtischen Planbause in Hannover verkaufte gol-  
dene Uhr und goldenen Ring. Ferner ein goldenes Me-  
dailion mit rotem Stein, 12 Mt. bares Geld und diverse  
Briefschaften auf den Namen Reihorn lautend.

**Neues Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Morgen,  
Sonnabend geht bei kleinen Breßen Seebmanns wirkungs-  
volles Schauspiel „Heimath“ in 3 Akten. In den Haupt-  
rollen sind die Damen Bette, Werner, Fichering, Gerlach,  
sowie die Herren Brunow, Stahl-Nachbau, Taube, Elmar  
beschäftigt. Die Inszenierung liegt in den Händen des  
Herrn Brunow. — Sonntag nachmittags 8 Uhr kommt bei  
kleinen Breßen die erfolgreiche Operette „Die geschie-  
dene Frau“ von Fall zur Wiederholung. — Abends  
7 1/2 Uhr wird die Hofoperängerin Lily Herling ihr  
letztes Gastspiel bei gewöhnlichen Opernpreisen absolvieren  
und zwar als „Mignon“ in der gleichnamigen Oper von  
A. Thomas.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Am Sonn-  
tag, abends 8 Uhr, geht das im Neuen Stadttheater mit so  
glänzendem Erfolge gegebene Lustspiel „Der König“ von  
Caillovet und de Fiers in Szene.

**Reinfeild.** Versammlung. Eine Versammlung des  
Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonnabend, den  
4. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zur Föpfung (Josef-  
Gieseler) statt. Nicht aller Mitglieder ist es, in dieser Ver-  
sammlung zu erscheinen.

**j. G. G. Achtung, Märzfeier.** Am Sonntag,  
den 17. März, abends 8 Uhr, veranstaltet der Sozialdemo-  
kratische Verein im Lokale des Herrn Knirrhorn einen Unter-  
haltungsabend. Das Referat: Warum wütigen und ge-  
denken wir als Proletariat des 18. März, hat Genosse  
Borchert hier selbst übernommen. Ferner werden Musikstücke,  
Gesangsvorträge, Rezitation, Theater und turnerische Auf-  
führungen den Abend verschönern. Agitiert dafür, Genossen,  
daß wir zu dieser Veranstaltung ein volles Haus haben.  
— Gesangsverein Harmonie. Mittwochabend hielt  
der Gesangsverein Harmonie seine Generalprobe ab. Nach  
Erledigung interner Angelegenheiten wurde folgende Reso-  
lution angenommen: Die heutige Generalversammlung be-  
willigt zur Anschaffung einer Parteilafne 50 Mt., spricht  
aber den Wunsch aus, daß die Genossen und Kollegen sich  
mehr an den Gesangstunden der „Harmonie“ beteiligen.

**Ahrensböck.** Zwei Volksversammlungen, die  
sich mit der politischen Lage und den nächsten Reichstags-  
wahlen beschäftigen werden, finden am kommenden Sonntag  
im hiesigen Bezirk statt. Nachmittags 3 Uhr wird eine Ver-  
sammlung in Gutsau im Hause des Herrn Seick (Lan-  
genischlag) abgehalten, während die zweite zu abends 7 Uhr  
nach der Herberge in Ahrensböck einberufen worden ist.  
Referent in beiden Versammlungen ist der sozialdemo-  
kratische Reichstags-Mandatar Genosse Stellung: Lübeck. Wir  
erwarten, daß beide Versammlungen von Männern und  
Frauen stark besucht werden.

## Kommunales.

**Eifernde Seelenhüter.** Nach einer Mitteilung aus  
Veslau hatte der Regierungspräsident den Magistrat  
von Sagan angewiesen, in die neue Friedhofordnung ein  
Verbot von Latenreden bei Begräbnissen aufzunehmen; die  
Stadtverordneten lehnten das aber mit erbitterter Mehr-  
heit ab. Wegen die Ablehnung veranlaßten die Seelen-  
hüter von Sagan eine Protestversammlung und forderten  
in einem Geluch, das weitläufig unterschrieben — größtens-  
teils von Frauen — trug, die Stadtverwaltung auf, dem  
Verbot beizutreten. Magistrat und Stadtverordnete lehnten  
das Geluch einstimmig ab.

**Steuerverhöhung in Leipzig.** Das Leipziger Stadt-  
verordnetenkollegium nahm am Mittwoch die Vorlage  
über Einführung einer kommunalen Biersteuer mit 38 gegen  
31 Stimmen an. Der Beschluß wurde von den sozialdemo-  
kratischen Vertretern mit kühnen Pfuirufen aufge-  
nommen.

## Schnittung.

Für den Wahlsonds gingen ein:  
Von Fr. Johanna . . . . . 1. — Mt.  
Sozialdemokratisches Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete  
und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig,  
für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung,  
Verlaeder: Th. Schwars. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Hauptstadt in Lübeck

Unsere heutige Auflage liegt ein Prospekt der hiesigen  
Samenhandlung von Friedrich Michael bei.

 **Fahrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.**  
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Small. Vermerk. bill. u. gut.  
**Carl Heynert, Lübeck,**  
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

**Betten, Bettedecken u. n. Betten-Artikel**  
kaufen Sie billig und recht bei  
**Markt Otto Albers Kohlmarkt 4. 10.**  
a. B. Komp. Betten v. 12.50 Mt. an  
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mt.  
Rote Lubeca-Marken.

**Hamburger Kaffee-Lager**  
Johs. Propp  
vorm. **C. Retelsdorf**  
Holstenstraße 10. LUBECK. Holstenstraße 10.  
Am Freitag, den 3. März, Sonnabend, den 4. März,  
und Sonntag, den 5. März:  
**Doppelte Rabatte**

**Gemüse-Konserven**

1 Pfd. Spargel . . . . .	40 u. 50	Pfd.
2 " " " " " " " "	60, 85 u. 110	"
1 " " " " " " " "	28 u. 35	"
2 " " " " " " " "	36, 45 u. 55	"
3 " " " " " " " "	80	"
4 " " " " " " " "	70, 80 u. 100	"
<b>Spinat</b> . . . . .	<b>45</b>	"
2 " Schnittbohnen . . . . .	28	"
3 " do. 42 Pfd. 4 Pfd. . . . .	55	"
2 " Brechbohnen . . . . .	29	"
3 " do. 44 Pfd. 4 Pfd. . . . .	55	"
1 " Perlbohnen . . . . .	38	"
1 " gr. Bohnen 40 & 2 Pfd. . . . .	70	"
1 " " " " " " " " " "	35	"

**Frische Banerubutter Pfd. 1.25 Mt.**  
**8 hief. Eier 60 & Landfleischspöpfe Pfd. 55 &**  
**Hans Wegener, Obere Wahnstr. 10.**  
**Rote Rabattmarken.**

Januar 1900  
Telegraphen-Verwaltung  
persönliche pensionsfähige Zulage  
15 Jahren gewährt werde, welche sich  
auf 200 Mt. und nach 21 Jahren auf  
300 Mt. belaufen würde.  
Raetke bat um Ablehnung der Reso-  
lution, die den Etat für 1911 um  
1000000 Mt. belasten; bis 1922 würde sich die Belastung  
auf 2000000 Mt. steigern.  
Leotar Vermuth warnte gleichfalls vor der  
Annahme der Resolution, unter keinen Umständen zu-  
mal die Resolution auch die neu geschaffene Be-  
rechnung wieder über den Haufen werfen würde.  
Die Resolution wurde am Donnerstag fortgesetzt werden.  
Die Fortsetzung der Debatte über die Resolution  
erhofft, die für Postassistenten Zulagen in der  
Höhe von 100—300 Mt. fordert, kam es zu interessanten  
Aussagen und zu scharfen Angriffen gegen die Pensions-  
assistentenverbandes. Erzberger wandte sich leb-

langen, daß ihr Vertrag nur noch aus einem wichtigen  
Grunde gelöst werden darf; als ein solcher Grund wird auch  
der Mißbrauch der Stellung zu politischer oder religiöser  
Betätigung erachtet. Diese Bestimmung soll, wie die An-  
tragsteller zugaben, auch für die Angestellten der Berufsge-  
nosenschaften eingeführt werden.  
Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

## Aus der Partei.

Eine Beamtenbestehungsgefichte beschäftigte am  
Dienstag zum zweiten Male das Göttinger Schöffengericht.  
Angeklagt waren der Gerichtsbeurtheilerstatter und der Ver-  
antwortliche unseres Göttinger Parteiblattes. Im Juni 1910  
berichtete die Göttinger Volkszeitung über eine Strafkammer-  
handlung, in der sich der Fabrikbesitzer Engel-Wiesky (Ober-  
Lausitz) zu verantworten hatte, weil er seinem Konkurrenten,  
den Fabrikbesitzer von Unwerth beschuldigt hatte, Eisen-  
bahnbrände bestochen zu haben. In der Verhandlung ver-  
weigerte der beleidigte Fabrikbesitzer und der Eisenbahn-  
werkmeister Epineg-Wrestau die Aussage. Das Gericht kam

### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Donnerstag kam es im Abgeordnetenhaus zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Nationalliberalen. Auf der Tagesordnung stand allerdings nur die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbe-Verwaltungen, aber der Abg. Dr. Hahn fühlte sich veranlaßt, bei einem unbedeutenden Titel eine große Agitationsrede zugunsten des Bundes der Landwirte zu halten und seiner Gewohnheit entsprechend nach allen Seiten Zensuren auszuwerfen. Die Nationalliberalen erwiderten, und da außerdem auch noch einige andere konservative Redner in die Debatte eingriffen, wurde es recht interessant. Die Herren plauderten allerhand Geheimnisse ihrer Parteien aus. So verriet Abg. Dr. Hahn, daß sich der Bund der Landwirte, der angeblich die Warenhäuser bekämpft, von der „Deutschen Tageszeitung“ das Geld für die Annoncen des Warenhauses Wertheim geben läßt. Ferner verriet er, daß der Bund der Landwirte, der immer so tut, als ob er für den Mittelstand eintritt, den Mittelstand dadurch schädigt, daß er seinen Mitgliedern allerhand Waren verkauft. Ebenso interessante Geheimnisse wie Herr Hahn, verriet sein Fraktionsfreund Hammer. Hammer zog gegen den Abgeordneten Kahardt zu Felde, der bekanntlich aus der konservativen Fraktion ausgetreten ist und mit dem Handelsbund gemeinsame Sache macht. Das ärgert die Konservativen und aus Rache erzählte Hammer nun, daß Kahardt, der Vorkämpfer für die Interessen der Handwerker, von allen möglichen politischen Gegnern Gelder für seine Zwecke angenommen habe. Kahardt behauptete allerdings, seine Weste sei weiß, aber es scheint doch, als ob sie manche Flecken aufweist. Nebenbei bemerkt, genierten sich die konservativen Redner nicht, Privatbriefe und Privatgespräche der Öffentlichkeit preiszugeben.

Von unserer Seite griff Genosse Leinert in die Debatte ein, um die verheerende Agitation des Bundes der Landwirte in Hannover zu schildern. Auch bei einem weiteren Titel beteiligte sich Leinert an der Diskussion; er nahm die Rechtsanwaltsstelle, die die Gewerkschaften errichtet haben, gegen verschiedene Angriffe in Schutz.

Am Freitag beginnt die Beratung des Etats der Bauverwaltung.

### Der Termin der Reichstagswahlen.

Die fortgesetzt neu auftauchenden und sich stets widersprechenden Nachrichten über den Termin der kommenden Reichstagswahlen haben nur das eine gemeinsam: Gewisses weiß man nicht.

Die „Berliner Börsenzeitung“ will nun erfahren haben, daß die Regierung, ehe sie bindende Beschlüsse faßt, erst den Verlauf der Verhandlungen des Reichstages abwarten will. Es besteht die Absicht, mit den Führern der Mehrheitsparteien eine Verständigung über die unbedingt noch zu erledigenden Vorlagen herbeizuführen. Man hofft, damit bis Juni fertig zu werden.

Diese Darstellung hat entschieden ziemlich viel für sich. Der Reichstag hat momentan eine solche Fülle von Arbeit, daß eine ganze Session kaum genügen würde, damit fertig zu werden. Die Regierung wünscht nun bei einigen Vorlagen wenigstens den Abschluß der Kommissionsberatungen, um dann dem neuen Reichstag Vorlagen machen zu können, die diese Beschlüsse zur Grundlage haben. Kommt, so führt dann die „Berliner Börsenzeitung“ aus, keine Verständigung zustande, dann hat die Regierung an weiteren fruchtlosen Verhandlungen kein Interesse, dann wird der Reichstag geschlossen und Neuwahlen für den Herbst ausgeschrieben. — Eine Entscheidung ist demnach erst nach Ostern zu erwarten.

### Landtags-Ergebniswahl in Bielefeld.

Bei der Landtags-Ergebniswahl am Donnerstag in dem Wahlkreise Bielefeld-Herford-Halle wurde der konservative Kandidat, Malermaler L i e n e w e g - Werther gewählt. Er erhielt 484 Stimmen, Prof. Dr. C u n z e, Reichstags-Abgeordneter für Herford-Halle (N.L.) erhielt 202 Stimmen. Von 1058 Wahlmännern haben 686 ihr Wahlrecht ausgeübt. Von den 372 Wahlmännern, die sich nicht an der Wahl beteiligt haben, gehören 242 der sozialdemokratischen Partei und 64 der christlich-sozialen Partei an.

### Der Kronzeuge des preussischen Kriegsministers.

Am Dienstag erklärte der preussische Kriegsminister auf eine Anfrage des Abg. St ü c k l e n, als Verbreiter der antimilitaristischen Flugblätter in Baden komme ein gewisser Feil aus Weiler in Baden in Frage. Dieser Feil (das ist der richtige Name) ist keineswegs ein jamaikanischer Anar, sondern kann eher als Zentrumslänger bezeichnet werden. Er stammt aus der Herbranner Gegend; sein Vater gilt als Zentrumsmann. Der Sohn ist ein mehrfach vorbestrafter Menich, der u. a. wegen Verachtens gegen den § 175 und einer in Verbindung damit begangenen Erprehung unter Anklage gestanden hat. Er gehört weder seiner Berufsgewerkschaft (Maurer) an, noch ist er Leiter der sozialdemokratischen oder anarchistischen Presse. Wenn er jene Flugblätter mit dem wahrheitsgemäßen Inhalt verbreitet hat, ist er jedenfalls für die Verbreitung bezahlt worden, wobei die Vermutung, es handle sich um erbärmliche Lockspitzerei, neuen Boden gewinnt. Feil sitzt übrigens seit Neujahr in Untersuchungshaft.

### Zum Zuwachssteuergesetz.

Im Reichstagsamt finden vom 1. bis zum 3. März Beratungen über die Ausführung des Zuwachssteuergesetzes statt. Vertreter sind: der städtische und ländliche Grundbesitz, Gewerbe, Handel und Industrie, soweit sie am Grundbesitzhandel interessiert sind, darunter der Bergbau, ferner der deutsche Notarverein, Beamte staatlicher und städtischer Körperschaften, die bisher schon mit der Ausführung der Zuwachssteuer beauftragt waren, Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Städteverbandes und andere mehr. Der Lage der Sache nach werden die Verhandlungen sich im wesentlichen auf das Verfahren bei Durchführung des Gesetzes zu erstrecken haben.

Das Gesetz, das am 1. April d. J. in Kraft tritt, wird gegenwärtig auf Veranlassung der Regierungspräsidenten und der Landräte von den Gemeindevorständen besprochen. Bei den jetzigen Beratungen soll die Frage

erörtert werden, ob die bestehenden Zuwachssteuerverordnungen zu Recht bestehen bleiben oder ob sie durch das Reichszuwachssteuergesetz abgelöst werden sollen.

### Gegen die Kleinstaaterei

wenden sich im Weimarer Landtag unsere Genossen. Anlässlich eines von den Konservativen gestellten Initiativantrages, Reformen in der Staatsverwaltung einzuführen, brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten folgenden Antrag ein:

„Die Großherzogliche Staatsregierung wird ersucht, mit den Regierungen der anderen Thüringer Kleinstaaten in Verbindung zu treten, zwecks Schaffung einer gemeinsamen gesetzgebenden Körperschaft und einer gemeinsamen Verwaltung für diese Staaten.“

Obwohl die Liberalen die Tendenz des Antrages als „zweckmäßig“ bezeichneten und die Fortschrittler erklärten, daß sie mit dem Antrage „sehr sympathisierten“, ja sogar der Staatsminister die Schaffung eines Thüringischen Parlamentes als „sehr verlockend“ bezeichnete, stimmten sämtliche Abgeordnete der bürgerlichen Parteien gegen diesen Antrag. Als Grund wurde angegeben, daß man diese Frage einmal „später“ eingehend behandeln müsse.

### Kempten-Zimmenstadt.

Zu dem Ausfall des ersten Wahlganges der Reichstagswahl in Kempten-Zimmenstadt-Lindau schreibt unser Münchener Parteiblatt, die „Münchener Post“:

Dieses Ergebnis läßt sich erst richtig würdigen, wenn man die allgemeinen und die besonderen Umstände dieser Wahl in Betracht zieht.

Wenn wir von allgemeinen Umständen hier reden, meinen wir die allgemeinen bayerischen, denn es hieße unsere Leser beleidigen, wollten wir ihnen die bestimmenden Momente der reichspolitischen Situation noch einmal wiederholen.

Aber die bayerisch-politische Lage in ihrem Zusammenhang mit der Wahl für Kempten-Zimmenstadt-Lindau kurz zu beleuchten — das ist keine überflüssige Arbeit. Denn diese Arbeit hat sich vollzogen unter den Nachwirkungen des großen Zentrumspartestages in München, im Zeichen des „Kriegs bis aufs Messer“ gegen die Sozialdemokraten und unter dem tosenden Denunziationsgeschrei der Zentrumspresse gegen alles, was auch nur im entferntesten im Verdacht einer Sympathie für unsere Partei steht. Gleichzeitig unter dem Druck der eifrigen Geheimarbeit der Mehrheitspartei gegen die Kosen. Der eifrigen Geheimarbeit in Ministerzimmern und Amisstuben, der Geheimarbeit des der Mehrheitspartei ergebenden Klerus. Der geheimen Wählerei in der Familie und der terroristischen Beeinflussung der Saalbesitzer zum edlen Zwecke der Abtreibung von Versammlungsorten.

Dazu eine agitatorische Entfaltung aller Zentrumskräfte in dem Wahlkreise, die sich nicht mehr überbieten läßt. Ein janälicher Eifer der gutverbreiteten Zentrumspresse, der nicht übertrumpft werden kann und ein „Wirken“ mit allen Mitteln der Abschreckung und Verleumdung.

Meister der Zentrumrede und Könige im Reiche des Zentrumsgedankens waren im Allgäu erschienen, um für die gute Sache zu wirken. Parteilektüre und Agitationsleiter des Zentrums hatten sich heimlich niedergelassen und wochenlang den Boden gepflügt und beachert.

Aber ach, alles umsonst! Die Töblacher mit dem Bergstock, die Kränklichen mit dem Schimmel, der Sturmhäubenklub, die Nachbarn der Sterne oben, die Zauberflöte und die oratorischen Meisterwerke des Herrn Ernst Emminger haben das Unheil nicht verhindern können, die Zentrumspartei unter Stimmenverlust in die Stichwahl zu drängen und der verhafteten, verfolgten, mit Denunziationen und Gewaltmitteln bekämpften Sozialdemokratie die Rolle des ausschlaggebenden Teiles zu bespielen.

Gegenüber den Bemühungen der gegnerischen Parteien hat sich die Agitation der Sozialdemokratie in diesem Wahlkreise in normalen und man darf sogar sagen in bescheidenen Grenzen bewegt. Sie war dazu beengt durch den Terrorismus der schwarzen Dreckslektaktik und durch die klerikalen Widerstände gegen den Ausbau unserer jungen Organisation. Handelte es sich doch für die bayerische Parteileitung darum, zu sehen, was der Wahlkreis aus eigenem für uns zu leisten imstande ist. Darum wurde auch von einer Agitation abgesehen, die über das Maß dessen geht, was bei den Hauptwahlen erfolgen kann.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 3. März.

**Zum Kampf um die Jugend** wird uns geschrieben: Der Mensch ist in seinem Lebensalter für äußere Einflüsse so empfänglich wie in seiner Jugendzeit, also im Alter von 14-20 Jahren. Diese Tatsache rechtzeitig erkannt und benutzt zu haben, muß man unseren Beamten zugeichen. Seit Jahrzehnten haben sie in den christlichen Junglingsvereinen Erziehungen geschaffen, um die Jugend in ihren Bannkreis zu ziehen und ihrer Weltanschauung zuzuführen. Kein Mittel und kein Opfer ist dabei gescheut worden. Auch die Unternehmer streuten dazu bei, um die Jugend — und vor allem die arbeitende Jugend — zu willigen Werkzeugen ihrer Ausbeutungslust zu erziehen. Schon aus bloßem Klasseninteresse lassen die Beizenden recht ansehnliche Geldmittel in die Kassen der bürgerlichen Jugendvereine fließen, damit viele auch fernhin die Jugend fromm, patriotisch und unternehmerlich erziehen, und vor den „Verführungsgefahren“ der Sozialdemokratie warnen sollen. In ihren Reden sagen die Herren freilich nichts davon. Da ist es nur die Rede zur Jugend, die sie treibt, sich ihrer anzunehmen, während es in Wirklichkeit das niedrigste Selbstinteresse ist.

Durch alle Gauen des Deutschen Reichs — von Memel bis Colmar und von Königshütte und Rothenheim bis Haderleben — tobt dieser Kampf um die Jugend. Besonders aber in den Großstädten und den Industriezentren versuchen die Bürgerlichen, der Arbeiterschaft ihre eigene Jugend zu entreißen. Aber wie noch immer bisher ist auch die organisierte Arbeiterschaft auf diesen Kampfplatz getreten. Nachdem die Proletariatsjugend ihre Organisationen aufbaute, nahmen auch bald darauf die beiden Hauptzweige der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung — Partei und Gewerkschaften — auf ihren Kon-

greifen Stellung zu dieser brennenden Frage. Sie machen es jedem Parteigenossen und jedem Gewerkschaftler Pflicht, die freie, proletarische Jugendbewegung nach Kräften zu unterstützen. Nachdem so die Klassenbewusste Mitarbeit die Wichtigkeit der Erziehung ihres Nachwuchses kannte und die Leitung der freien Jugendbewegung selbst die Hand nahm, ist dieser jüngste Sproß der Arbeiterbewegung überall mächtig emporgesproßt.

Auch in unserer Stadt hat die proletarische Jugendbewegung ausgezeichnete Fortschritte gemacht. Über 200 junge Arbeiteröhne und -stöcher kennen sich zu ihr.

Es ist aber jetzt unsere Pflicht, unsere Proletariatsjugend zusammenzuhalten, den jungen Leuten Aufenthaltsräume, bieten, in denen sie sich auch wirklich heimisch fühlen können, in denen es ihnen besser gefällt als selbst im Elternhause, denen sie Sammlung, Belehrung und Unterhaltung finden wollen. Ein Gasthaus, auf das wir bis heute angewiesen sind, nicht immer besonders gut eignet. Der Jugendausschuß plant nun, vorläufig mehrere Räume zu mieten und die einfach aber geschmackvoll auszustatten. Es würden mindestens zwei große Zimmer erforderlich sein. Eins derselben ist als Unterhaltungs- und Spielraum, das andere als Bibliothek- und Lesezimmer gedacht. Solche Jugendverhältnisse bestehen schon in einer ganzen Anzahl von Städten, selbst in kleineren Orten. Die hiesigen maßgebenden Instanzen der Partei und Gewerkschaften sind auch Prinzip mit der Schaffung dieser Räumlichkeiten einverstanden. Wenn das nicht sofort geschehen kann, so hindern uns die in Aussicht stehenden großen politischen Kämpfe jetzt Mittel für die Errichtung des Jugendheims flüssig zu machen. Aus dem Grunde sind wir auf die freiwilligen Beiträge der klassenbewussten Arbeiterschaft angewiesen. Zu diesem Zwecke ist die Ausgabe von Jugendheim-Marken beschlossen worden, durch die den Spendern eine Quittung für ihre freiwillig geleisteten Beiträge eingehändigt wird.

Die Lübecker Arbeiterschaft hat ihren Opfermut noch bei jeder Gelegenheit bekundet. Wir hoffen, daß sie uns auch in den Stand setzt, der hiesigen arbeitenden Jugend ein Heim einzurichten zu können.

Gerade gegenwärtig ist das dringend notwendig, trotzdem oder weil unsere Jugendbewegung zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Denn gerade jetzt setzen die Gegner die Hebel an — wir erinnern nur an den von der Gewerkschaft ins Leben gerufenen Lehrkursverein — um die Jugend zu entreißen und die junge Bewegung zu unterdrücken. Unternehmer und Handwerksmeister, schwarz-blaue und schwarz-weiß-rote Jugendvereine, Junker, Klerikale und Liberale reichen sich die Hände, um der proletarischen Jungmannschaft ein starkes Bollwerk entgegenzusetzen.

Dazu kommen in Breiten noch die Polizei und Behörden, die unsere Bewegung nach Möglichkeit knebeln und zu unterdrücken suchen. Kurz und gut, gewaltiger denn je ist heute der Kampf um die Jugend entbrannt, und in alle Zweige des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens wirft er seine Schatten. Leiten wir den Erfolg dieses Kampfes auf unsere Mühen, indem wir durch gute und schöne Einrichtungen die arbeitende Jugend an uns fesseln.

Helfen wir dazu, unserer Lübecker Proletariatsjugend ein würdiges Heim zu schaffen!

**Die Verhältnisse in Lübeck.** Die Bürgerchaft wird sich am kommenden Montag mit einem Senatsantrag zu beschäftigen haben, der die Bereitstellung von Mitteln zur Verbesserung der Verhältnisse Lübecks verlangt. Da gerade die Verhältnisse einer Stadt von großer sanitärer Bedeutung sind, so ist es nur zu begrüßen, daß hierorts die Frage der Verbesserung der Verhältnisse eingehend geprüft werden und die Ergebnisse dieser Prüfung zu positiven Maßnahmen führen sollen. Es ist deshalb wohl mit großer Sicherheit anzunehmen, daß die Bürgerchaft der Senatsvorlage, die will, daß der Bau- und Sanitätsrat zur Ausführung von Untersuchungen des Sauerstoffgehaltes der Gewässer um Lübeck und für die Bearbeitung eines Entwurfes für die Abwässerreinigung 7400 Mk. bewilligt werden, einmütig zustimmt. Interessant ist nun ein sehr umfangreiches Gutachten, welches der Kölner Baurat Steuernagel über die Verhältnisse der Stadt Lübeck erachtet hat. Nach eingehenden Darlegungen beantwortet dieser Sachverständige die Frage: „Sind die jetzigen Entwässerungsverhältnisse in Lübeck so beschaffen, daß die natürlichen Verflüsse die Abwässer des gesamten Stadtgebietes noch längere Zeit in der bisherigen Weise durch verteilte Sielmündungen aufnehmen können, oder ist in Rücksicht auf deren Verunreinigung im hygienischen Interesse eine Änderung erforderlich?“ dahin: Mit Rücksicht auf die Verunreinigung der Lübecker Gewässer erscheint im hygienischen Interesse eine Änderung der Entwässerungsverhältnisse geboten. Die Antwort auf die Frage: „In welcher Weise werden bei einer Änderung des bisherigen Entwässerungssystems die Abwässer am besten den Vorflutern zugeführt?“ lautet: Es wird vorgeschlagen, sämtliche Ausmündungen der vielen Stichkanäle in die Lübecker Gewässer zu beiseitigen und die Kanäle nebst ihren Verzweigungen besondern Sammelkanälen der einzelnen Stadtteile zuzuführen, welche sich unterhalb des bebauten Stadtgebietes vereinigen und dortselbst an geeigneter Stelle die Sielwässer der Trave überliefern. Vor ihrer Einleitung sollen die letzteren einer Reinigung unterzogen werden, deren Wirkungsgrad mindestens der heutigen natürlichen Reinigung entspricht. Es wird hierzu eine technisch gut durchgebildete mechanische Reinigung, bei welcher etwa 65-70 Prozent der im Sielwasser enthaltenen suspendierten Stoffe ausgeschieden werden, für ausreichend erachtet. Es dürfte hierdurch sowohl den hygienischen als auch den wirtschaftlichen Forderungen ausreichende Rechnung getragen werden. Eine zentrale Entwässerung, eine Zusammenführung aller Sammelkanäle an einer Stelle mit einer einzigen Pump- und Zentralkläranlage wird sich, abgesehen von örtlichen, schon aus wirtschaftlichen Gründen empfehlen, da der Bau und Betrieb derselben gegenüber einer Anzahl von Einzelanlagen sich viel billiger stellt. Die Untersuchungen haben aber ergeben, daß die Kanalisation mit der an der Kläranlage in Aussicht genommenen Sohlenhöhen nicht durchführbar ist und diese um mindestens 1 Meter tiefer gelegt werden muß. Der Betrieb der Kläranlage erfordert alsdann, daß das Sielwasser zeitweise und oft auch lange Dauer in die Trave übergepumpt wird. Das Gutachten schließt: Es ist im E. in hygienischer Beziehung nicht erforderlich, daß die geplanten Abwasserarbeiten sofort in vollem Umfange ausgeführt werden. Man wird mit den nöthigen Arbeiten beginnen und diese alsdann auf Grund der gewonnenen Erfahrungen und Ergebnisse schrittweise und systematisch fortführen. Allgemein empfehle ich, der Reinigung der Straßen ein besonderes Interesse zuzuwenden. Ist dieses in einer großen modernen Stadt schon im ästhetischen und Reinlichkeitsinteresse geboten, so muß auch andererseits beachtet werden, daß diese Beseitigung des Straßenmülls immer noch billiger und besser ist, als wenn derselbe aus den Kanälen, aus der Kläranlage oder dem Fluße herausgeschafft werden muß. Aus gleichem Grunde sind alle Straßen in die besten mit Schlammsängen zu versehen, wie dieses jetzt fast ausnahmslos in allen Städten eingerichtet ist. Ferner möchte ich mich den

Ausführungen im Berichte der Bauinspektion an den Baudirektor Ratzer vom 11. November 1909 angeschlossen, wonach auf Grund des § 6 des Siedegesetzes vom 25. Mai 1908 eine verschärfte Aufsicht des Schlachthofbetriebs, der Fischräucherer und aller sonstigen gewerblichen Betriebe bezüglich Einleitung von stark verunreinigten (insbesondere durch organische Substanzen) Wässern in die Stele und Gewässer gefordert wird. Es scheint mir nicht richtig, daß einzelne Betriebe aus Sparamkeitssichten auf Kosten der Allgemeinheit aus Sparsamkeitssichten im Rahmen des Möglichen und wirtschaftlich Zulässigen bewegen und ohne Härten ausgeführt werden. Was die baulichen Arbeiten anlangt, so erscheint es mir am notwendigsten, daß in erster Linie die Zustände im Stadtgraben eine Verbesserung erfahren. Dieses erfordert, daß die zahlreichen in denselben einmündenden Stelaustlässe von St. Lorenz befreit und die Stelawässer durch den geplanten einheitlichen Sammelkanal bis unterhalb der Stadt und durch einen Düker unter der Trave hindurch nach der Kläranlage in den Travewiesen geführt und dorten gereinigt werden. Anschließend hieran würden die Wasser des Sammlers der Curthausstraße ohne größere Kosten nach der Kläranlage geführt werden können. Die Kläranlage selbst würde man, wenn irgend möglich, nicht größer bauen als das Bedürfnis erfordert. Man kann dann im Betriebe Erfahrungen sammeln und die Williamleit derselben und ihren Einfluß auf den Reinheitszustand des Flusses kontrollieren. Weiterhin würde sodann nach und nach der Bau des Sammlers von St. Jürgen durch die Falken- und Hafensstraße, die Stele von St. Gertrud, der östliche Kanal der Innenstadt, der westliche Sammler der Innenstadt und die noch fehlenden Stelstrecken der Wuhnengebiete in Angriff genommen werden müssen. Die Reihenfolge der vorzunehmenden Arbeiten hängt noch wesentlich von der baulichen Entwicklung der Stadt ab und wird man einem solchen Bedürfnisse jeweils Rechnung tragen müssen.

**Die Waldschulkommission** wendet sich durch einen Aufruf an die hiesige Bevölkerung mit der Bitte, der gemeinnützigen Tätigkeit der Kommission auch in diesem Jahre wieder durch einmalige Gaben oder jährliche Unterstüßungen zu helfen. Allen Volksgenossen sei die Waldschule aus Herz geliebt. Eine Serie hübscher Bildaufnahmen, zurzeit im Schaufenster der Buchhandlung von Listke und Möhring ausgestellt, bietet den Vorübergehenden ein Bild vom wechselvollen Leben und Treiben in der herrlichen Waldschule. Die Bilder sind für die Hygiene-Ausstellung in Dresden bestimmt. Die Anmeldungen zur Waldschule müssen jetzt geschehen. Herr Dr. med. J. Meier, Johannisstraße 12, nimmt sie in der Zeit vom 1.-18. März in den Sprechstunden nachm von 4-5 Uhr entgegen.

**Arbeiterverstoß.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 4 Uhr in der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. Dem Schmied G. Westphal, wohnhaft in Kienfeld, sprang bei seiner Arbeit eine Klammer entzwei und ein Stück davon floh ihm mit großer Wucht an den Kopf. Der Bedauernswerte erlitt sehr erhebliche Verletzungen und mußte mittelst Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden.

**Brandunglück.** Mittwoch abend gegen 6 1/2 Uhr hatte eine der besetzten Bewohnerinnen des Stiftes Hahnhof, Johannisstraße, das Unglück, eine Lampe umzustoßen. Das Gasflämmchen wurde zertrümmert und das Petroleum in Brand gesetzt. Auch die Kleider der alten Frau, die bereits die Schwelle der neunziger Jahre überschritten hatte, gingen Feuer, durch welches die Armut so schwere Brandwunden erlitt, daß sie noch in der folgenden Nacht ihren qualvollen Leiden erlag.

**Sein Leben ein Ende** machte am Mittwoch abend der Arbeiter M., indem er sich bei der Feilenarbeit mittelst Lyfols vergiftete. Wie es heißt, sind geschäftliche Sorgen das Motiv der unglücklichen Tat.

**Über Irrungen und Höhen im Liebesleben** sprach am Mittwoch und Donnerstag der bekannte Redner Reinhold Gerling in den Zentral-Hallen vor vollem Hause. In wohlherboaten Worten schilderte Gerling den Gegensatz der sich im Liebesleben zwischen Natur- und Kulturmensch aufbauen und wies neben den hygienischen auf die sozialen Schäden hin, die der moderne Staat und die Gesellschaft geschaffen. Die meisten Kulturmenschen suchen im Weibe nur das andere Geschlecht, das sie nach Erreichung ihres Zieles schnell der Not überantworten. Er erinnerte an das große Glend ungezählter lediger Mütter, die von schuldigen Verführern im Stich gelassen werden. Die Erziehung zum Pflichtbewußtsein im Liebesleben muß den reifenden Mädchen und Knaben schon im Elternhause und in der Schule zuteil werden, an die Stelle der falschen Scham die Wahrheit treten, die werdende Mütter den weitesten Schutz des Staates genießen. Die Ausführungen des Redners waren von hohem sittlichen Ernst getragen und ernteten reichen Beifall. Eine Anzahl Lichtbilder ergänzten und veranschaulichten den Text.

**Märzbeginn.** Der Februar, der uns durchaus milde Wetter und in seinem letzten Drittel Sturmgebraus, Regen und Hagelböden, einmal auch ein winterliches Schneegestöber brachte, hat ausgeglichen und das Regiment an den März abgetreten. Dieser Monat gehört schon dem Frühling an, und er gemahnt uns an die Bestellung des Gartens. Aber in den Gärten ist der Boden noch zu naß, und der März muß erst seinen bösen Ostwind, den sogenannten „Osterhase“, senden und den Erdboden austrocknen und bearbeitungsfähig machen. Auch sonst stellen wir noch besondere Wünsche an ihn und fordern von ihm neun Sommertage, die er uns gewissermaßen aus alter Gewohnheit schuldig ist. Pöfentlich bleibt er uns nichts schuldig von dem, was wir von ihm erwarten. Vorderhand hat er allerdings das nasse, klimatische und unfreundliche Regiment seines Vorgängers übernommen. Heute ist allerdings zur Abwechslung einmal wieder heller Sonnenschein, den wir uns auch für die kommenden Tage wünschen.

**Gesunde Gegenstände.** Im Monat Februar d. J. sind beim Volkzettelamt als gesunde eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 wertvoller Ring mit Stein, 1 gold. Dublet-Armband, 1 gold. Dublet-Kneifer, 1 silberne Damenuhr, 1 Brosche, 2 Brillen, 1 Zigarettenetui, 1 Fahrradluftpumpe, 1 Sportkappe, 1 Pelzboa, 1 Damengürtel, 1 Paar Damenstrümpfe, 1 Mädchenkleid, 1 weiße Schürze, 1 Paar Damenknieschuhe, 1 Herrenfilzhut, 1 braune Damenhandtasche, 1 Mustertasche mit Inhalt, 2 Pferdebedecken sowie mehrere Schirme und Handtücher.

**Schwankende Gesundheit.** Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der zweiten Februarwoche vom 5. bis zum 11. Februar in vielen deutschen Städten um etwas gebessert, indem die Sterblichkeit zurückgegangen ist. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet, starben von den Städten mit mindestens 70000 Einwohnern in Lachen 22,0, Altona 13,9, Augsburg 20,8, Barmen 15,1, Berlin 14,9, Bielefeld 10,0, Bochum 20,1, Bonn 18,3, Borken 16,8, Braunschweig 14,8, Bremen 22,6, Breslau 18,0, Charlottenburg 10,8, Chemnitz 18,0, Danzig 19,8, Darmstadt 17,8, Dortmund 15,8, Dresden 14,3, Eimsbüttel 11,4, Duisburg 15,4, Düsseldorf 19,1, Eisenach 14,1, Elmpt 14,0, Effen 11,1, Frankfurt a. M. 18,7, Freiburg i. B. 21,3, Gießen 11,1, Glatz 11,1, Göttingen 20,2, Götting 13,6, Hagen 13,5, Halle a. S. 17,0, Hannover 15,8, Hamburg 12,3, Harburg 15,9, Heilbronn 15,8, Karlsruhe 17,5, Kassel 16,8, Kiel 17,7, Köln 17,8, Königsberg i. P. 19,7, Kaiserslautern 11,1, Königsberg i. S. 16,0, Koblenz 11,1, Leipzig 13,9, Lüneburg 15,8, Magdeburg 16,8, Mainz 15,5, Mannheim 17,2, Meckl. 11,1, Meiningen 11,1, Mühlheim a. S. 15,2, München 17,4, Münster 13,2, Nürnberg 16,7, Oberhausen 15,0, Osnabrück 13,1, Pflaun i. B. 11,6, Posen 21,6, Remscheid 13,7, Rixdorf 12,8, Saarbrücken 15,8, Schöneberg 12,9, Spandau 9,8, Stettin 17,8, Stralsund i. S. 16,0, Stuttgart 18,4, Wiesbaden 27,7, Würzburg 18,5, Barmbe - Zwickau 22,7.

**Anlegung eines Rosenbeetes.** Wer sich zum Frühjahr ein Rosenbeet anlegen will, der muß jetzt schon die Vorbereitungen treffen. Zuerst kommt's auf einen geeigneten Platz an. Pflanzen keine Rose in der Nähe oder gar unterhalb schattiger Baumkronen. Noch in der Entfernung von einem Meter der Baumkronenträfte gedeiht sie nicht und ist befreit, sich vom Schatten ab dem Licht zuzuwenden. Auch die Stelle, wo sie den ganzen Tag von der Sonne beschienen werden kann, ist nicht der beste Platz. Wenn nämlich zur Rosenzeit sich früh morgens die Knospen „erschließen“, beneht vom Morgentau, dann möchten wir wünschen, daß sie immer in dieser Schönheit erhalten bleiben. Doch bald steigt die Sonne höher mit brennender Glut und die Rosenblätter öffnen sich, um bald schlaff an ihren Stängeln herabzuhängen. Dort, wohin die Morgens- und Spätmitttagsonne scheinen kann, und wo die hohen Bäume während der heißen Mittagsstunden etwas Schatten spenden, ist der geeignete Platz. Dasselbst kann man die Rosen unter einem Abstand nach allen Seiten von 50 bis 60 Zentimetern einpflanzen. Ferner kommt der Boden in Betracht, wo die Anpflanzung gemacht werden soll. Man muß nicht wähnen, daß da die Rosen schon gedeihen müssen, wo nachwurzelndes Gemüse wächst. Nein, die Wurzeln der Rosen gehen tiefer. Es muß darum der Boden auf 60 Zentimeter Tiefe rigolt und die obere mit der unteren Erde gut vermischt, dabei aber gleichzeitig reichlich Stallmist und Kalk mit untergegraben werden. Wo etwa in einer Tiefe von 40-50 Zentimetern Gips sand oder Krebseisen sich vorfindet, muß diese harte Erdschicht herausgehoben und durch gute fruchtbare Erde ersetzt werden. Endlich müssen die Rosen zur Pflanzzeit im Frühjahr beizeten in einer Gärtnerei bestellt werden, damit die verlangten Sorten noch vorrätig und nicht schon vergriffen sind.

**pb. Diebstahl.** Aus einem Hause der Elemenstviere wurde am Dienstag, dem 28. vor. Mts. eine weibliche

Handtasche mit gelbseidenem Futter gestohlen. In der Handtasche befand sich ein Pfandschein über eine im August vor. J. im Städtischen Pfandhaus in Hannover verleihte goldene Uhr und goldenen Ring. Ferner ein goldenes Messdaffon mit rotem Stein, 12 Mk. bares Geld und diverse Briefschaften auf den Namen Kleihorn lautend.

**Neues Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Morgen, Sonnabend geht bei kleinen Preisen Endeemanns wirkungsvolles Schauspiel „Heimath“ in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Vette, Werner, Fischernig, Gerlach, sowie die Herren Brunow, Stahl-Nachbau, Laube, Elmar beschäftigt. Die Inszenierung liegt in den Händen des Herrn Brunow. — Sonntag nachmittag 3 Uhr kommt bei kleinen Preisen die erfolgreiche Operette „Die geschiedene Frau“ von Fall zur Wiederholung. — Abends 7 1/2 Uhr wird die Hofopernsängerin Lily Herking ihr letztes Gastspiel bei gewöhnlichen Opernpreisen absolvieren und zwar als „Mignon“ in der gleichnamigen Oper von A. Thomas.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Am Sonntag, abends 8 Uhr, geht das im Neuen Stadttheater mit so glänzendem Erfolge gegebene Lustspiel „Der König“ von Gaillet und de Flers in Szene.

**Reinfehd.** Versammlung. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonnabend, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zur Föhnung (Kosel, Gieseler) statt. Nicht aller Mitglieder ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**J. Entin.** Aktion. Märzfeier. Am Sonntag, den 17. März, abends 8 Uhr, veranstaltet der Sozialdemokratische Verein im Lokale des Herrn Knitkem einen Unterhaltungsabend. Das Referat: Warum würdigen und gedenken wir als Proletarier des 18. März, hat Genosse Vorchert hier selbst übernommen. Ferner werden Musikstücke, Gesangsvorträge, Rezitation, Theater und turnerische Auführungen den Abend verschönern. Agitiert dafür, Genossen, daß wir zu dieser Veranstaltung ein volles Haus haben. — Gesangsverein Harmonie. Mittwoch abend hielt der Gesangsverein Harmonie seine Generalprobe ab. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Generalversammlung beauftragt zur Anschaffung einer Parteilafette 50 Mk., spricht aber den Wunsch aus, daß die Genossen und Kollegen sich mehr an den Gesangsstunden der „Harmonie“ beteiligen.

**Ahrensböf.** Zwei Volksversammlungen, die sich mit der politischen Lage und den nächsten Reichstagswahlen beschäftigen werden, finden am kommenden Sonntag im hiesigen Bezirk statt. Nachmittags 3 Uhr wird eine Versammlung in GutsMuths im Hause des Herrn Heide (Kampfenberg) abgehalten, während die zweite zu abends 7 Uhr nach der Herberge in Ahrensböf einberufen worden ist. Referent in beiden Versammlungen ist der sozialdemokratische Reichstagskandidat Genosse Stellung-Lübeck. Wir erwarten, daß beide Versammlungen von Männern und Frauen stark besucht werden.

**Kommunales.**

**Eifernde Seelenhirten.** Nach einer Mitteilung aus Bielefeld hatte der Regierungspräsident den Magistrat von Sagan angewiesen, in die neue Friedhofordnung ein Verbot von Laienreden bei Begräbnissen aufzunehmen; die Stadtverordneten lehnten das aber mit erdrückender Mehrheit ab. Gegen die Ablehnung veranstalteten die Seelenhirten von Sagan eine Protestversammlung und forderten in einem Geuch, das zweitausend Unterschriften — größtenteils von Frauen — trug, die Stadtdirektion, auf dem Verbot beizutreten. Magistrat und Stadtverordnete lehnten das Gesuch einstimmig ab.

**Biersteuererhöhung in Leipzig.** Das Leipziger Stadtverordnetenkollegium nahm am Mittwoch die Ratvorlage über Einführung einer kommunalen Biersteuer mit 88 gegen 81 Stimmen an. Der Beschluß wurde von den sozialdemokratischen Vertretern mit kühnen Pfeiflauten angenommen.

**Quittung.**

Für den Wahlvonds gingen ein:  
Von Fr. Johanna . . . . . 1.- Mk.  
Sozialdemokratisches Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meier u. Co. sämtlich in Lübeck.

Unsere heutige Auflage liegt im Prospekt der hiesigen Sauerhandlung von Friedrich Michael bei.

 **Fahrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.**  
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgearbeitet unter prompter Bedienung. Smoll. Vermiet. bill u. gut.  
**Carl Heynert, Lübeck,**  
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

**Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel**  
Kaufen Sie billig und reell bei  
**Markt Otto Albers Kohlmarkt 4. 10.**  
z. B. Kompl. Betten v. 12.50 Mk. an  
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.  
Rote Lubeca-Marken.

**Hamburger Kaffee-Lager**  
Johs. Propp  
vorm. **C. Retelsdorf**  
Holstenstraße 10. LUBECK. Holstenstraße 10.  
Am Freitag, den 3. März, Sonnabend, den 4. März, und Sonntag, den 5. März:  
**Doppelte Rabattmarke**

**Gemüse-Konserven in Dosen.**

1 Pfd. Spargel . . .	40 u. 50 Pf.
2 " " " " " "	60, 85 u. 110 "
1 " Erbsen . . . . .	28 u. 35 "
2 " " " " " "	36, 45 u. 55 "
3 " " " " " "	70, 80 u. 100 "
<b>2 Spinat . . . . .</b>	<b>45 "</b>
2 " Schnittbohnen	28 "
3 " do. 42 Pfd. 4 Pfd.	55 "
2 " Brechbohnen . . .	29 "
3 " do. 44 Pfd. 4 Pfd.	55 "
1 " Perlbrechbohnen	38 "
1 " gr. Bohnen 40 & 2 Pfd.	70 "
1 " " " " "	35 "

**Frische Vauernbutter Pfd. 1.25 Mk.**  
**8 hies. Eier 60 s. Landschweinsköpfe Pfd. 55 s.**  
**Hans Wegener, Obere Wahnstr. 10.**  
**Rote Rabattmarken.**

# Großer Verkauf in Frühjahrs- und Sommer-Waren.

Sämtliche Neuheiten sind diesmal mit ganz besonderer Sorgfalt disponiert. — Reiche Sortimente und billige Preise gewährleisten einen in jeder Beziehung guten Einkauf in Frühjahrswaren.

Hochaparte Erzeugnisse der diesjährigen Mode in Kostümen, Paletots, Kleidern, Blusen, Jupons, Backfisch- und Kinder-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderobe und Kleiderstoffen jeder Art.

## Für die Konfirmation

<b>Konfirmanden-Kleiderstoffe</b> elfenbein, weiß, schwarz u. couleurt, in allen erdenkl. Webarten m	75 <sup>00</sup> bis 3 <sup>75</sup>
<b>Konfirmanden-Kleider</b> in solidester Machart aus besten reinwollenen Stoffen	18 <sup>00</sup> bis 36 <sup>00</sup>
<b>Konfirmanden-Jacketts</b> in den verschiedensten Ausführungen diesjähriger Mode	5 <sup>75</sup> bis 15 <sup>00</sup>
<b>Konfirmanden-Anzüge</b> solidester Machart in allen modernen Stoffarten	6 <sup>75</sup> bis 26 <sup>00</sup>
<b>Konfirmanden-Stiefel</b> für Mädchen	3 <sup>75</sup> bis 8 <sup>50</sup>
<b>Konfirmanden-Stiefel</b> für Knaben	4 <sup>75</sup> bis 8 <sup>50</sup>
<b>Konfirmanden-Wäsche, Hüte u. Handschuhe</b> in größter Auswahl.	

### GROSSE POSTEN

**Frühjahrs-Kleiderstoffe** 1<sup>25</sup> 1<sup>65</sup> 1<sup>95</sup>  
Wollbatist u. Popeline in groß. Farbensortiment, 110 cm breit, m

### GROSSE POSTEN

**Frühjahrs-Fantasiestoffe** 75<sup>00</sup> bis 1<sup>75</sup>  
Jacquard und gestreift, Ton in Ton m

### GROSSE POSTEN

**Elegante Kostümstoffe** 1<sup>45</sup> 2<sup>25</sup> 2<sup>75</sup>  
melierte und einfarbige Gewebe, reine Wolle, große Breiten m

### GROSSE POSTEN

**Hemdentuch, Kretonne, Renforce** 38<sup>00</sup> und 35<sup>00</sup>  
Fabrikreste, regulär sonst Meter bis 75<sup>00</sup> m

### GROSSE POSTEN

**Weisse Seiden-Batiste u. gestickte Mulls** 48<sup>00</sup>  
Regulär sonst 75<sup>00</sup> m Zum Aussuchen durchweg m

## SCHUHWAREN

<b>Arbeits-Schuhe</b> Schnallen- und Schnür-Schuhe stark genagelt	3 <sup>90</sup>
<b>Arbeits-Stiefel</b> Zug-, Schnür- und Schnallen-Stiefel stark genagelt	4 <sup>75</sup>
<b>Herren-Schnür-Stiefel</b> breite und schmale Formen	6 <sup>25</sup>
<b>Herren-Schnür-Stiefel</b> Goodyear Welt	8 <sup>75</sup>
<b>Damen-Schnür- und Knopf-Stiefel</b>	5 <sup>75</sup>
<b>Damen-Schnür-Stiefel</b> Derby-Schritt	8 <sup>25</sup>

**Herren- und Damen-Stiefel** 12<sup>50</sup> bis 18<sup>00</sup>  
elegante Luxus-Anfertigung in Chevreaux und Boxkalf

## HERREN-KONFEKTION

<b>Herren-Anzüge</b> in Cheviot u. Fantasie-Stoffen teilw. Roßhaar-Verarbeitung	18 <sup>00</sup> bis 42 <sup>00</sup>
<b>Buckskin-Herren-Hosen</b>	2 <sup>25</sup> 3 <sup>20</sup> 4 <sup>95</sup>
<b>Arbeiter-Hosen</b> aus Zwirn, Pilot, Manchester	1 <sup>95</sup> 2 <sup>95</sup> bis 4 <sup>95</sup>
<b>Maschinen-Hosen u. -Jacken</b>	1 <sup>35</sup> 1 <sup>65</sup> bis 2 <sup>65</sup>
<b>Regatta-Blusen</b>	1 <sup>25</sup> 1 <sup>65</sup> 1 <sup>95</sup>
<b>Knaben-Anzüge</b> hochgeschlossen und Matrosenform in Cheviot, Buckskin und Manchester	4 <sup>45</sup> 6 <sup>00</sup> 7 <sup>50</sup>

### EIN POSTEN

**Herren-Anzüge** moderne Fassons in Roßhaar-Verarbeit. Regulärer Wert sonst bis 32.- Mk. durchweg 24<sup>50</sup>

## In der Lebensmittel-Abteilung enorm billig!

Grüne Erbsen ..... Pfd. 18<sup>00</sup>

Rot- u. Weiß-Kohl Kopf 18 u. 15<sup>00</sup>

Knolle 10<sup>00</sup>

und 10<sup>00</sup>

7<sup>00</sup>

Große Mettwurst ..... Pfd. 65<sup>00</sup>

Sülze ..... Pfd. 60<sup>00</sup>

Blutwurst ..... Pfd. 50<sup>00</sup>

Schweineschmalz ..... Pfd. 68<sup>00</sup>

Gänsepökelfleisch ..... Pfd. 70<sup>00</sup>

Tilsiter Käse pikant 3 Pfd. 95<sup>00</sup>

Tilsiter Käse fett ..... Pfd. 58<sup>00</sup>

Schweizer Käse ..... Pfd. 68<sup>00</sup>

Fromage de Brie ..... Pfd. 68<sup>00</sup>

Magdeburger Korbkäse 2 St. 35<sup>00</sup>

Thüring. Stangenkäse 2 St. 10<sup>00</sup>

Pflaumenmus . 5-Pfd.-Eimer 98<sup>00</sup>

Marmelade . 5 Pfd.-Eimer 108<sup>00</sup>

Vom Lübecker Schlachthof:

Prima junges

# Rindfleisch

## 65

Pfund Pfennig

Bratenstücke Pfund 75<sup>00</sup>

## Einen bedeutenden Sieg

Haben unsere Parteigenossen im Bunde mit den örtlichen Gewerkschaften dieser Tage in St. Louis, der etwa 300 000 Einwohner zählenden südlichen Metropole der Vereinigten Staaten, errungen. Mit 65 000 gegen 24 000 Stimmen hat die dortige Bürgerschaft den von kapitalistisch-reaktionären Interessen diktierten Entwurf einer neuen Stadtverfassung, ein Machwerk, wie es für die plutokratischen Gemeinde-„Reformer“ in der Union typisch ist, in den Orkus geschleudert, dank einer intensiven Agitation, deren treibende Kraft die sozialistische Partei war und denn auch die gesamte (bürgerliche) Tagespresse am Orte gegen sich hatte. Allenfalls genossen die beiden kleinen sozialistischen Wochenblätter in St. Louis die mäßige Unterstützung einer deutsch-bürgerlichen Zeitung, um so eifriger zog aber die gesamte englischsprachige Tagespresse für den volksfeindlichen Charter zu Felde, und die gesamte Kampagne trug, vielleicht eine epochenmachende Erscheinung für die amerikanische Gemeindepolitik außerhalb Milwaukees, den Charakter eines ausgesprochenen Klassenkampfes.

Die gesetzgebende Körperschaft von St. Louis besteht aus zwei Kammern. Die 28 Mitglieder des Unterhauses werden, in Gegensatz zu den einzelnen Bezirken (Wards) der Stadt gewählt. Der neue Charter-Entwurf wollte nun das Unterhaus überhaupt abschaffen und als einzige legislative Instanz eine 15gliedrige Kommission bestimmen, die, wie es in dem politischen Sargon des Landes heißt, „auf dem allgemeinen Ticket“, mit anderen Worten, gemeinschaftlich von den Wählern der ganzen Stadt, gewählt werden sollten. Die undemokratische und speziell die Wähler in den proletarischen Bezirken entrechtende Tendenz dieser Bestimmung liegt klar auf der Hand. Weiter sollten die meisten Chefs der einzelnen städtischen „Departments“ (Polizei, Gesundheitswesen, Feuerwehr usw.) künftig nicht mehr vom Volke erwählt, sondern vom Bürgermeister ernannt werden, der auch das Recht haben sollte, sie ihres Postens zu entheben. An Stelle der Demokratie sollte also in der Verwaltung die bürgermeisterliche Autokratie gesetzt werden, wobei das Volk weiter nichts mehr zu tun gehabt hätte, als Steuern zu zahlen und das Maul zu halten.

Mit kurzen Worten: Der städtische Gesetzgebungs- und Verwaltungsapparat sollte in einer Weise umgekrempelt werden, daß einundneunzig Prozent Leute etwa mit der unumschränkten Herrschaft über die Stadt betraut waren, weil die Kapitalisten es ihnen bequemer zu haben glaubten, die Stadtväter und den Bürgermeister an der Strippe zu halten, zumal damit eine wesentliche Verringerung des direkten Einflusses der Wähler verbunden sein sollte.

Natürlich waren sich unsere Genossen über den kapitalistischen Klassencharakter des Entwurfes, sobald dieser einmal aus Licht kam, ohne weiteres klar, und es gelang ihnen, auch den Gewerkschaften klar zu machen, was auf dem Spiele stand. Die Macher des Entwurfes hatten von Anfang an die Absicht, den Bürgern die Natur ihrer Arbeit und die Bedeutung der ganzen Charter-Revision solange wie möglich zu verheimlichen, um das souveräne Volk dann zu überrumpeln. Bei den städtischen Wahlen vom Frühjahr 1909 bereits wurde eine Kommission mitgewählt (Board of Freeholders), die den Entwurf eines neuen Grundgesetzes für die Stadt ausarbeiten sollte. Nahezu zwei Jahre haben die „Freeholders“ gebraucht, um den neuen Charter auszuhacken, und ihre ganze Arbeit während dieser zwei Jahre ging im geheimen vor sich. Trotz aller Bemühungen war es der Bürgerschaft während der ganzen Zeit unmöglich, zu erfahren, wie das Ding in der Hauptsache ungefähr aussehen würde. Die gewählten „Freeholders“ waren aber auch danach. Eigentlich kann kaum davon gesprochen werden, daß sie „gewählt“ worden seien, denn schon hierbei handelte es sich um eine Überrumpelung und Vermogung der Wähler. Die kapitalistischen Parteihäupter und etliche respektable Bürgervereine steckten bei Gelegenheit die Köpfe zusammen und knobelten ihre 13 „Freeholder“ aus, genau so viele, als zu wählen waren. Die Namen der 13 Braven wurden dann eben als die gemeinsamen Kandidaten der „großen“ Parteien auf den Stimmzettel gesetzt, und die Bürger schluckten die dreizehn denn auch ohne Meckeln herunter, weil sie ja keine andere Wahl hatten, wenigstens keine Auswahl treffen konnten. Die „Freeholders“ ließen sich dann anfänglich dazu herbei, die Wels zu Rate zu ziehen, indem sie öffentliche Versammlungen veranstalteten, in denen sie die Bürger nach Herzenslust reden ließen, ohne aber zu verraten, was sie nun selber zu schaffen gedachten. Davon, daß die Charter-Fabrikanten der Öffentlichkeit ihren fertigen Entwurf zur Diskussion unterbreiteten oder wenigstens in den öffentlichen Vorberatungen verrieten, worauf sie loszusteuern gedachten, war nicht im mindesten die Rede. Die Bürger wußten und ahnten also nichts über die Tendenz des Charter-Entwurfs, bis die „Freeholder“ kurz vor Weihnachten unerbittlich mit dem Antrage an den Stadtvater herantreten, die Abstimmung über das Dokument, das noch gar nicht einmal fertig war, schon auf den 31. Januar festzusetzen. Selbst, nachdem der Entwurf zwischen Weihnachten und Januar im Auszuge veröffentlicht worden war, nahmen die „Freeholder“ noch mancherlei einschneidende Änderungen an dem Ding vor, und als die Kommission endlich mit dem Wechselbald zur Welt kam, stellte sich das „Reformwerk“ stillförmlich wie auch inhaltlich als eine immer noch unfertige, schandwäßrige Arbeit dar. Von den Wählern verlangten die Freeholder aber, daß sie sich in Zeit von nur wenigen Wochen über diese liederliche Arbeit zweier Jahre schlüssig werden sollten, und sie setzten es trotz aller sozialistischen Proteste auch durch, daß der Stadtrat ihrem Verlangen entsprach

und beschloß, daß der neue Charter bereits am 31. Januar zur Abstimmung gebracht werden sollte.

In den paar Wochen, die nun blieben, vermochten unsere Parteigenossen nun eine Agitation gegen den Entwurf zu entfachen, die in den Vereinigten Staaten vielleicht bisher unerhört war. Alle Parteigruppen, Gewerkschaften und einige fortschrittliche Bürgervereine wurden zu einer Abwehr-Eige im Kampfe gegen das Charter-Machwerk zusammengeschweift, Tausende von Plakaten, Hunderttausende von Flugblättern in englischer und deutscher Sprache wurden verbreitet, und dennoch überraschte der überwältigende Sieg unserer Genossen die Macher des Charters noch mehr wie das ganze Land. Nach den glorievollen Siegen von Milwaukee haben die Arbeiter von St. Louis ein weiteres Beispiel dafür geliefert, daß auch amerikanische Sozialisten in der „Fülle der Zeiten“ zu kämpfen und zu siegen verstehen.

## Aus den parlamentarischen Kommissionen.

### Aus der Budgetkommission.

Bei der Weiterberatung des Etats der Reichspost gab es beim Kapitel 35, Titel 22, eine lange und lebhafte Debatte. Geordert werden in diesem Titel 34 877 Ober-Postassistenten, Ober-Telegraphenassistenten, Assistenten, Telegraphen-Mechaniker usw. Die Assistentenstellen sollen um 800 vermehrt werden, was eine starke Erhöhung der Besoldungsaufwendungen erfordert. Es liegen Petitionen der Assistenten vor, die frühzeitige etatsmäßige Anstellung und schnelleres Advancement fordern. Der Debatte liegt auch eine von allen Fraktionen unterzeichnete Resolution zu Grunde, die folgenden Wortlaut hat: Die Kommission wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen: 1. daß von der Einberufung von Anwärtern für den mittleren und höheren Postdienst bis auf weiteres Abstand genommen und das Bedürfnis für die Vermehrung von Beamtenkräften durch die Anstellung von Unterbeamten und gehobenen Unterbeamten befriedigt wird; 2. daß demnächst dem Reichstage eine Denkschrift über die anderweitige Organisation der Beamten der Reichspostverwaltung unter konsequenter Festhaltung des Grundprinzips vorgelegt wird, daß Arbeiten, für die eine geringe Qualifikation ausreichend ist, Beamten mit niedrigerem Rang und Gehalt übertragen werden, unter Schonung der Interessen der vorhandenen Beamten.

Der fortschrittliche Abg. Eichhoff erklärte u. a.: Deutschland habe als Militärland die Verpflichtung, die Militär-Anwärter unterzubringen. Dazu werde sich auch bei der Neuerrichtung von Versicherungsämtern günstige Gelegenheit bieten. Abg. Erberger wendet sich lebhaft gegen die vielen Petitionen gerade der Postassistenten, die das Blaue vom Himmel herunterpetitionieren, aber nicht im dienstlichen, sondern im persönlichen Interesse. Würde den Assistenten die etatsmäßige Anstellung nach fünf Jahren gewährt, dann kommen alle anderen Beamten mit der gleichen Forderung, was zu unhaltbaren Konsequenzen führen müsse. Staatssekretär Kraetke weist auf die lang andauernde Bewegung hin, mit billigeren Kräften im Postdienst zu arbeiten. Bis zu einer gewissen Grenze unterstütze auch er diese Bewegung. Wenn aber jetzt eine Kalamität mit den Beamtenpetitionen entstanden sei, so trage der Reichstag selbst die Schuld; er habe fortgesetzt, ungeachtet der Warnung der Verwaltung, dazu gedrängt, die tägliche Dienstdauer der Beamten herabzusetzen und eine schnellere etatsmäßige Anstellung herbeizuführen. Abg. Noe gibt zu, daß der Staatssekretär mit seinen Vorwürfen zum Teil recht habe. Damit soll nicht bestritten werden, daß viele Wünsche der Beamten ihre Berechtigung haben. Das Streben nach sozialer Luft sei nicht nur verständlich, sondern auch berechtigt. Durch die Unterschneidung der Resolution wollen die Sozialdemokraten zum Ausdruck bringen, daß auch sie weitere Anstellungen von Beamten nicht wünschen. Postbeamte in andere Verwaltungen abzuschicken, werde keinen Erfolg haben, denn auch in den anderen Verwaltungen ist ein großer Andrang von Anwärtern. Die Sozialdemokratie werde sich nach wie vor bemühen, den berechtigten Wünschen der Beamten Rechnung zu tragen, aber dabei auch die Interessen der Steuerzahler nicht vernachlässigen. Eichhoff's Eintreten für die Unterbringung der Militär-Anwärter sei wenig verständlich, noch weniger aber, daß er als Fortschrittmann den Militärland einfach als gegeben hinnehme und in erster Linie die militärischen Interessen vertrete, statt die bürgerlichen. Abgeordneter Lattmann verteidigte Eichhoff's Haltung. Abg. Erberger tritt für die vom Reichstag geforderte Beamtenfürsorge ein.

Die angeforderten 800 neuen Assistentenstellen werden durch Nationalliberale, Volksparteier, Konservative und Reichsparteier bewilligt, die Petitionen der Assistenten für erledigt erklärt und einstimmig die oben mitgeteilte Resolution angenommen.

Sodann wurde die nachstehende Resolution Beck-Heidelberg und Eichhoff beabachtet, die offenbar nur agitatorischen Zwecken dienen soll:

„Der Reichstag wolle die verbündeten Regierungen ersuchen, bis zur dritten Lesung des Reichshaushaltsetats ihr Einverständnis dahin zu erklären, daß den Oberpost- und Telegraphen-Assistenten, sowie den Vorkehrern der Postämter III. sowie dieselben vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung eingetretten sind, eine persönliche pensionsfähige Zulage von 100 Mk. nach 15 Jahren gewährt werde, welche sich nach 18 Jahren auf 200 Mk. und nach 21 Jahren auf 300 Mk. erhöht.“

Staatssekretär Kraetke bat um Ablehnung der Resolution. Ihre Durchführung würde den Etat für 1911 um 25 Millionen belasten; bis 1922 würde sich die Belastung auf 55 Millionen steigern.

Schatzsekretär Wermuth warnte gleichfalls vor der Annahme, die Regierung könnte unter keinen Umständen zustimmen, zumal die Resolution auch die neu geschaffene Besoldungsordnung wieder über den Haufen werfen würde. Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt werden.

Bei der Fortsetzung der Debatte über die Resolution Beck-Eichhoff, die für Postassistenten Zulagen in der Höhe von 100—300 Mk. fordert, kam es zu interessanten Zwischenfällen und zu scharfen Angriffen gegen die Agitation des Postassistentenverbandes. Erberger wandte sich leb-

haft gegen den Verband, ebenso Abg. Dröschner, der auch von der linken „nationalistischen“ politischen Seite in diesem Sinne, sei ihm doch sonar zugemutet worden, den Etat abzulehnen, wenn nicht bis zur dritten Lesung die Wünsche und Forderungen der Assistenten erfüllt seien. Trotzdem belächeln die Konservativen vor den Assistenten ein wenig Angst zu haben; denn Dröschner suchte krampfhaft nach einem Auswege, den Assistenten wenigstens sich einbar entgegenzukommen. Er regte an, die Regierung möge erwägen, ob den Assistenten nicht später doch etwas gewährt werden könne. Geheimrat Raab bekämpfte auch diese Anregung, denn jede Verrückung der Postassistenten würde in Preußen zu finanziell bedenklichen Konsequenzen führen, da sofort auch andere Beamtenkategorien Forderungen stellen würden. Schatzsekretär Wermuth stellte ein Einvernehmen mit Preußen wegen der Beamtenbesoldung in Aussicht. In erster Linie müßte die Deckungsfrage erledigt werden. Davon rede aber keiner der Abgeordneten, die für die Assistenten eingetreten seien. Der bequeme Hinweis, irgendwo müßten die Mittel beschafft werden, sei für einen Finanzminister das allererschlimmte. Eine Befolgung dieses Rates würde alle guten Finanzgrundzüge wieder über den Haufen werfen. Dabei mache er aber nicht mit. Die Anregung Dröschners zum Beschluß zu erheben, würde bei einem Teil der Beamten nur Hoffnungen wecken, bei einem viel größeren Teile aber das Gefühl der Zurücksetzung auslösen. Vor solchen Beschlüssen müsse er warnen.

Genosse Eichhoff erklärte, die Sozialdemokraten würden gegen die Resolution Beck-Eichhoff stimmen, wenn auch zuzugeben sei, daß das jetzige Höchstgehalt von 300 Mk. nicht zu hoch sei. Die Konservativen hätten bei der Besoldungsordnung an ihrem Antrage festhalten sollen, der ein Höchstgehalt von 360 Mk. forderte. Die Assistenten hätten es den Konservativen zu verdanken, wenn das Höchstgehalt jetzt nur auf 300 Mk. bemessen sei. Die Methode, Anlagen durch Hintertüren einzuschmuggeln, müsse Widerspruch auslösen. Es gebe bei der Reichspost viele Beamte, die viel schlechter gestellt seien und in erster Linie befristet werden müßten, wenn die Besoldungsordnung durchbrochen werden solle. Ein Rechtsanspruch der Assistenten liege nicht vor; aber den Assistenten könne nicht das Recht abgeprochen werden, Gutachten über die Zulassung ihrer Ansprüche einzuholen. Die Beamten brauchen auch nicht danach zu fragen, ob sie bei der Vertretung ihrer Interessen die Sympathien ihrer Vorgesetzten hätten oder nicht. Die Resolution Beck-Eichhoff sei nichts anderes als eine Wahlmache.

Abg. Beck richtete scharfe Angriffe gegen das Zentrum, das einmal das Wort „Wiegen oder brechen!“ ausgesprochen habe. Das Wort sei jetzt erfüllt; gebrochen sei das Zentrum. Wenn das Zentrum jetzt auf einmal einen so hohen Respekt vor Regierungserklärungen zeige, müsse doch daran erinnert werden, daß sich das Zentrum früher anders verhalten habe. Erberger antwortete, eine Partei wie die der Nationalliberalen, die aus eigener Kraft bei den nationalen Wahlen nicht ein einziges Mandat erringen würde, sich vielmehr auf sozialdemokratische Wahlhilfe verlassen müßte, tue am besten, stille zu sein und keine Vorwürfe zu erheben.

Abg. Dröschner stellte den Antrag, die Regierung möge erwägen, ob nicht den Oberpostassistenten, die vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst getreten seien, eine persönliche Zulage von 300 Mk. gewährt werden könne. Die Regierung wandte sich lebhaft auch gegen diesen Antrag; ebenso erklärte sich der Abg. v. Richthofen gegen die vorliegenden Anträge. Der Etat könne ohnehin nur durch die Wertzuwachssteuer finanziert werden. — Genosse Noe betonte, die Sozialdemokraten hätten die Wünsche der Assistenten anerkannt und erkannten sie auch heute noch an. Bei der Besoldungsordnung und auch heute noch verlangten wir, daß gleichzeitig auch die Lage der Unterbeamten gehoben werde, wofür ein besonderes Bedürfnis vorliege. Wir lehnten es aber ab, in der Kommission einen Demonstrationsantrag einzubringen. Die endgültige Stellungnahme zu den Resolutionen würden sich die Sozialdemokraten für das Plenum vorbehalten, jetzt aber könne eine Zustimmung nicht erfolgen.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Die Resolution Beck-Eichhoff wurde gegen 19 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und Konservativen abgelehnt; dagegen die Resolution Dröschner mit 14 gegen 13 Stimmen (Sozialdemokraten, Zentrum, 1 Nationalliberaler und 1 Freisinniger) angenommen.

Hierauf wurde die Beratung des Etats der Reichspost fortgesetzt.

### Reichsversicherungsordnung.

Am Donnerstag wurde in der Kommission die Generaldebatte über Anträge, die die Einschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen bezwecken, zu Ende geführt, und in der Spezialberatung wurden die Anträge der Kompromißparteien angenommen. Alle sozialdemokratischen Anträge zur Milderung der Bestimmungen gegen die Klassenverwaltungen wurden von den bürgerlichen Parteien geschlossen niedergestimmt. Die Arbeiter werden also künftig zwei Drittel der Klassenbeiträge zu zahlen haben; das Recht an der Kassenverwaltung üben sie aber nur noch unter Aufsicht und mit Genehmigung der Unternehmer und der Aufsichtsbehörden aus.

Nach zehn Jahren sollen die Angestellten das Recht erlangen, daß ihr Vertrag nur noch aus einem wichtigen Grunde gelöst werden darf; als ein solcher Grund wird auch der Mißbrauch der Stellung zu politischer oder religiöser Betätigung erachtet. Diese Bestimmung soll, wie die Antragsteller zugaben, auch für die Angestellten der Berufsvereinigungen eingeführt werden.

Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

## Aus der Partei.

Eine Beamtenbestechungsgeschichte beschäftigte am Dienstag zum zweiten Male das Göttinger Schöffengericht. Angeklagt waren der Gerichtsberichterstatter und der Verantwortliche unseres Göttinger Parteiblattes. Im April 1910 berichtete die Göttinger Volkszeitung über eine Strafkammerhandlung, in der sich der Fabrikbesitzer Engel-Miesky (Ober-Laufzig) zu verantworten hatte, weil er seinem Konkurrenten, den Fabrikbesitzer von Unwerth beschuldigt hatte, Eisenbahnbeamte bestochen zu haben. In der Verhandlung verweigerten der beschuldigte Fabrikbesitzer und der Eisenbahnwerkmeister Spieweg-Breslau die Aussage. Das Gericht kam





# Billiges März-Angebot!

Gute und dauerhafte Waren zu billigen, vorteilhaften Preisen.

## Ca. 20000 Meter Hemdentuche,

78x81 cm breit,  
nur solide Qualitäten, stark-, mittel- u. feinfädige Gewebe, sowie allerfeinste Renforcés.  
Ein grösserer Einkauf ist dringend zu empfehlen.

Marke IV grünlige Ware . . . . . 38.3  
Marke II gute, erprobte Qualität 48.3  
Marke III bes. gutes Wäschetuch 42.3  
Marke I prima Wäschetuch . . . 55.3

## Kleiderstoffe für Konfirmandinnen, schwarz, weiss und farbig, 3 Serien extra ausgelegt, zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Posten III 2.25 M. Posten II 1.65 M. Posten I 1.45 M.

Baumwollene Kleiderstoffe für Hauskleider  
aussergewöhnlich billig 58.3  
Kleiderschotten bewährte haltbare Qualitäten  
aussergewöhnlich billig 128, 88.3

## Fertige Bettwäsche

Kissenbezüge, gebogt und mit Einsatz . . . 1.10 85.3  
Bettbezüge, kariert Züchen und geblümt Croisé . 2.45 1.95  
Bettbezüge, weiss Wäschetuch u. kariert Satin . 3.95 2.75  
Betttücher, Halbleinen-Imitation, gesäumt . . . 1.52  
Betttücher, Halbleinen u. erprobte Qual., 150/225 cm nur 2.95

## Vorteilhafte Posten weisse Damaste

solide Qualitäten, neue Dessins mit hohem Seidenglanz  
Posten V Posten IV Posten III Posten II Posten I  
160cm breit 140cm breit 140cm breit 140cm breit 180cm breit  
Meter Meter Meter Meter Meter  
1.35 1.65 1.30 98.3 95.3

## Bettuch-Halbleinen

Halbleinen, ohne Naht . . . . . Meter nur 78.3  
Halbleinen, 140 cm breit, Hausmacherware Meter nur 98.3  
Halbleinen, groblädig, dauerhafte Ware . . . . . Meter 1.20  
Haustuch, 160 cm breit, aussergewöhnlich billig Meter 1.25

## Bettuch-Nessel

140 cm breit, solide, besonders kräftige  
Qualität  
Meter 98.3

## Gerstenkorn-Handtücher

grosser Posten gesäumt u. gebändert 35.3  
Drell-Handtücher, fertig gesäumt,  
aussergewöhnlich billig Stück 48.3

## Weiss Pikee und Croisé

für Damen- und Kinder-Wäsche in guten,  
gerauhten Qualitäten  
Meter 78.3 65.3 42.3

## Ein Posten Schürzen-Stoff

Wiener Leinen imit. 120 cm breit 58.3  
Prima Schürzen-Gingham 120 cm breit 95.3

## Preiswerte Angebote in Damen- und Kinderwäsche, Strumpfwaren

Damen-Hemden aus sol. Hemden-  
tuch mit reichen  
Stickereien, Spitzen und Feston garniert  
Posten III 1.75 Posten II 1.30 Posten I 95.3

Damen-Hemden aus soliden, feinen  
Wäschestoffen  
mit reich bestickter Madeirapasse  
Posten III 2.95 Posten II 2.45 Posten I 1.95

Damen-Strümpfe Wolle plattiert Paar 42.3  
Damen-Strümpfe reine Wolle, schwarz Paar 95.3

Stickerei- und Spitzen-Unterröcke  
für Konfirmandinnen besonders zu empfehlen  
Posten III 4.80 Posten II 3.35 Posten I 1.95

Nachtjacken gerauht Croisé mit Steh-  
und Umlegekragen, Stick-  
Garnitur oder Languetten  
Posten III 2.45 Posten II 1.85 Posten I 1.35

Kinder-Strümpfe geingelt Grösse I, Paar von 48.3  
Kinder-Strümpfe schwarz, reine Wolle Grösse I, Paar von 58.3

# Markmann & Meyer

Zentral-Verband deutscher  
Brauerei- und Mühlenarbeiter.  
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung  
am Sennabend, dem 4. März  
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52 (kl. Saal).  
Tages-Ordnung:  
Aufnahme neuer Mitglieder  
Antwortschreiben der Ringbrauereien  
Verschiedenes.  
Vollständiges Gesehien sämtlicher  
Mitglieder ist dringend notwendig.  
Der Vorstand.

Zauberflöte Schüssel-  
buden 4.  
Neue Kapelle!!!  
Damen-  
Orchester „Aida“  
(6 Damen u. 2 Herren)  
Eintritt frei.

Zum Ball  
der  
Freiwillig. Feuerwehr  
Storfeldsdorf  
am Sonntag, dem 5. März 1911  
im Lokale des Kameraden  
Dose  
ladet freundlichst ein  
Der Vorstand.

## Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Von Schleswig-Holstein-Lübeck.  
Die Adresse des Vorsitzenden ist:  
Carl Magnussen, Klingstr. 16, I,  
Neumünster;  
des Kassierers:  
Heinrich Groth, Mühlenhof 27,  
Neumünster.  
Vorsitzender der Kontrollkommission  
ist: Emil Buslapp, Cornsenstr. 13,  
Neumünster.

## Deutscher Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.  
über das Geschäft von J. J.  
Struve (Castell), Breite Str. 65,  
ist wegen Lohnstreitigkeiten die  
Sperrverhängung worden.  
Die Firma H. L. Haukohl,  
Sandstraße 22, hat mehrere Kollegen  
ihrer Verbandszugehörigkeit wegen  
gemahregelt.  
Wir bitten die Kollegen, sowie  
die Leser dieses Blattes, vor-  
stehendes zu beachten.  
Die Ortsverwaltung.

## Moising.

Mitglieder-Versammlung  
des Sozialdemokrat. Vereins  
am Sennabend, d. 4. März  
abends 8 1/2 Uhr  
in Schreibers Kaffeehaus.  
Tagesordnung wird in der Ver-  
sammlung bekannt gegeben.  
Wegen der Wichtigkeit der Tages-  
ordnung halber, werden die Mit-  
glieder eruchtet, recht zahlreich zu  
erscheinen.  
Der Vorstand.

## Achtung!

# Licht- und Wasser- werksarbeiter!

Gr. öffentl. Versammlung  
am Dienstag, dem 7. März 1911  
abends 8 Uhr,  
im „Konzerthaus Fünfhausen“.  
Tages-Ordnung:

1. Die Antwort auf unsere Lohneingabe.  
Referent: Kollege H. Voht.
2. Freie Aussprache.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitarbeiters, der im Interesse seiner  
Familie seine Lebenslage zu verbessern wünscht, in dieser Versammlung  
zu erscheinen.  
Zu dieser Versammlung sind die verehrlichen Mitglieder der Bürger-  
schaft besonders eingeladen.

Der Einberufer.

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck.  
Distrikt Kücknitz-Siems.

Einladung zum Ball  
verbunden mit theatralischen Aufführungen  
am Sonntag, dem 5. März 1911  
in Dieckelmanns Gasthaus, Kücknitz.  
Lokalöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr.  
Eintritt für Mitglieder 50 Pfg., Fremde 1 Mk., eine Dame frei, einzelne  
Dame 20 Pfg.  
Die umliegenden Distrikte werden hiermit freundl. eingeladen.  
Die Distriktsleitung.

## Dilettantklub „Freiheit“

Gr. theatralisch. Abend  
am Dienstag, den 7. März  
im Konzerthaus „Flora“,  
Nebenhofstraße.  
Zur Aufführung gelangt:  
„Golgatha“.  
Großes soziales Lebensbild aus den  
Bergarbeiterleben in 1 Vorspiel und  
8 Akten.  
Kassöffn. 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr  
Eintritt à Person 30 Pfg.  
Kinder die Hälfte. Programm frei  
Das Komitee.

## Gasthof „Klein-Mühlen“

Am Sonntag, dem 5. März:  
Berspielen von ger. Karten  
wozu freil. einladet Betty Studt.



Ab Sonntag, 5. März, ein-  
schliesslich Sonntag, 12. März:  
Gastsp. d. Wunderkinder  
Edith u. Hertha Althoff  
in ihrer musik. Sensation:  
„La puissance de la Musique“  
(Die Macht der Musik).  
Sowie 8 weitere Attraktionen  
der Stern-Varieté-Bühne.  
(Näheres siehe Anschlagtafeln und  
die Hauptannoncen in der Son-  
tagsausgabe.)

# Reklame-Angebote!

Heute und folgende Tage soweit Vorrat:

EIN POSTEN	<b>Damen-Hemden</b>	Achsel-schluß, Passe mit Stickerei	<u>Reklamepreis</u>	<b>1.10</b>
EIN POSTEN	<b>Damen-Beinkleider</b>	Knieform mit Stickerei	<u>Reklamepreis</u>	<b>98</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Damen-Untertailen</b>	reich mit Stickerei garniert	<u>Reklamepreis</u>	<b>1.10</b>
EIN POSTEN	<b>Damen-Plaids</b>	hübsche Dessins	<u>Reklamepreis</u>	<b>95</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Herren-Socken</b>	grau Landwolle	<u>Reklamepreis</u>	<b>42</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Frauen-Strümpfe</b>	schwarz, reine Wolle	<u>Reklamepreis</u>	<b>85</b> <small>g</small>

EIN POSTEN	<b>Kinder-Strümpfe</b>	Grösse 1—4	Grösse 5—10
		<u>Reklamepreis</u> <b>48</b> <small>g</small>	<u>Reklamepreis</u> <b>68</b> <small>g</small>

schwarz Wolle plattiert

EIN POSTEN	<b>Damen-Anstands-röcke</b>	baumwoll. Planel mit Volant	<u>Reklamepreis</u>	<b>95</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Damen-Anstands-röcke</b>	Croisé mit Languette	<u>Reklamepreis</u>	<b>98</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Tändel-Schürzen</b>	weiß, mit Stickerei-Ringsvolant	<u>Reklamepreis</u>	<b>58</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Haus-Schürzen</b>	ohne Latz, Gingham	<u>Reklamepreis</u>	<b>75</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Halbreform-Schürzen</b>	mit Volant	<u>Reklamepreis</u>	<b>1.10</b>
EIN POSTEN	<b>Blusen-Schürzen</b>	Gingham mit Besatz	<u>Reklamepreis</u>	<b>1.10</b>

EIN POSTEN	<b>Kinder-Reform-Schürzen</b>	SERIE I	SERIE II
		<u>Reklamepreis</u> <b>98</b> <small>g</small>	<u>Reklamepreis</u> <b>1.15</b>

hübsch besetzt, für 3—8 Jahre

EIN POSTEN	<b>Frottier-Handtücher</b>	weiß mit Borte	<u>Reklamepreis</u>	<b>38</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Poliertücher</b>	goldfarbig	<u>Reklamepreis</u>	<b>48</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Geschirrtücher</b>	56x56 cm	<u>Reklamepreis</u>	<b>1.05</b>
EIN POSTEN	<b>Geschirrtücher</b>	Reinleinen	<u>Reklamepreis</u>	<b>1.70</b>
EIN POSTEN	<b>Handtücher</b>	Gerstenkorn mit Borte	<u>Reklamepreis</u>	<b>2.10</b>
EIN POSTEN	<b>Drell-Handtücher</b>	Halbleinen	<u>Reklamepreis</u>	<b>1.90</b>
EIN POSTEN	<b>Kissenbezüge</b>	weiß, gekurbelt	<u>Reklamepreis</u>	<b>72</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Kissenbezüge</b>	mit Einsatz und Fältchen	<u>Reklamepreis</u>	<b>90</b> <small>g</small>
EIN POSTEN	<b>Bettbezüge</b>	farbig geblümt	<u>Reklamepreis</u>	<b>1.95</b>
EIN POSTEN	<b>Bettbezüge</b>	weiß gestreift	<u>Reklamepreis</u>	<b>3.65</b>
EIN POSTEN	<b>Bettlaken</b>	Halbleinen gesäumt	<u>Reklamepreis</u>	<b>1.95</b>

## Ein großer Posten Gartendecken

Besonders günstige Kaufgelegenheit für Restaurateure	SERIE I	SERIE II	SERIE III
	<u>Reklamepreis</u> p. St. <b>95</b> <small>g</small>	<u>Reklamepreis</u> p. St. <b>1.80</b>	<u>Reklamepreis</u> p. St. <b>2.75</b>

Ein großer Posten	<b>Seid. Kopfschals</b>	aparte Dessins	<u>Reklamepreis</u> <b>1.35</b> <small>M.</small>
Ein großer Posten	<b>Sammet-Gummigürtel</b>	schwarz, mit modernen Schließern	<u>Reklamepreis</u> <b>65</b> <small>g</small>
Ein großer Posten	<b>Gummigürtel</b>	schwarz und weiß	<u>Reklamepreis</u> <b>48</b> <small>g</small>
Ein großer Posten	<b>Tautropfen-Kopfschals</b>	weiß und farbig	<u>Reklamepreis</u> <b>2.25</b> <small>M.</small>
Ein großer Posten	<b>Spitzen-Jabots</b>	moderne Stücke	<u>Reklamepreis</u> <b>45</b> <small>g</small>
Ein großer Posten	<b>Gürtelschnallen</b>	nur in schwarz	<u>Reklamepreis</u> <b>10</b> <small>g</small>
Ein großer Posten	<b>Reinseidene Taffetgürtel</b>	mit Gummi, schwarz	<u>Reklamepreis</u> <b>95</b> <small>g</small>
Ein großer Posten	<b>Pierettekragen</b>	moderne Ausführung	<u>Reklamepreis</u> <b>45</b> <small>g</small>
Ein großer Posten	<b>Seidene Damen-Selbstbinder</b>		<u>Reklamepreis</u> <b>10</b> <small>g</small>

# RUDOLPH KARSTADT

BREITESTRASSE. LÜBECK JOHANNISSTRASSE.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 2. März 1911.

139. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Heeringen, Wer-

muth.

Auf dem Platte des Abg. Geyer (Soz.), der heute auf eine 25jährige Parlamentstätigkeit zurückblickt, prangt ein prächtiges Blumenarrangement.

### Zweite Beratung des Militäretats.

(Sechster Tag.)

Die Beratung beginnt mit dem Titel „Ankauf der Remontepferde“.

Roßke (SD.): Jahr für Jahr steigt dieser Titel sehr erheblich, diesmal wieder um 206.000 Mk., von 10,9 Millionen auf mehr als 11,1 Millionen Mark. Dazu kommen gerade bei diesem Titel alljährlich ganz erhebliche Statüberschreitungen, die dadurch veranlaßt werden, daß die

### Preise für die Remontepferde

andauernd höher festgesetzt werden. Die Interessenten verlangen hier im Reichstag alljährlich eine höhere Festlegung der Preise, und die Heeresverwaltung gibt diesen Anregungen gern nach. Dazu liegt gar kein Anlaß vor, es ist dies ein ganz

### unangebrachtes Entgegenkommen gegen agrarische Wünsche.

Auch diesmal haben die Interessenten versucht, in der Budgetkommission höhere Preise in Antrag zu bringen. Es ist ein Mißbrauch des Reichstagsmandats, wenn man versucht, es derart zu benutzen, um sich selbst Vorteil zu verschaffen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.). Solchem Mißbrauch muß entgegengetreten werden, und etwaige Überschreitungen bei diesem Titel dürfen nicht genehmigt werden. (Bravo! b. d. Soz.).

Rogalla v. Wiberstein (K.): Ich weise entschieden den Vorwurf zurück, als ob wir mit Anträgen auf Erhöhung der Preise für Remontepferde dem eigenen Vorteil dienen; diese Anträge liegen vielmehr im Interesse der kleinen Pferdebesitzer, da die Preise so niedrig sind, daß ein Pferd dafür nicht herstellbar ist. (Bravo! rechts.)

Gyßling (Sp.): Die Staatsüberschreitungen können auch wir nicht billigen, aber im übrigen muß ich den Ausführungen des Abg. Roßke entgegen-treten. Die Heeresverwaltung ist bei der Beschaffung der Remontepferde auf bestimmte Provinzen angewiesen, namentlich Ostpreußen, sie darf dort die Preise nicht drücken, wenn sie bestes Material haben will. In den letzten Jahren sind die Pferdepreise auch keineswegs gestiegen, wie Herr Roßke meinte. (Beifall rechts.)

Dr. Warenhorst (Npt.): Herr Roßke versteht von der Pferdebeziehung nichts, die Preise der Pferde sind zu niedrig, nicht zu hoch, und gerade im Interesse des Bauernstandes müssen sie erhöht werden.

Roßke (SD.): Remonten habe ich allerdings noch nicht gezogen, das gebe ich Herrn Warenhorst zu; ich bin eben nicht in der glücklichen Lage, ein Rittergut zu besitzen. (Zuruf rechts: ein Bauerngut.) Ach nein, die Remonten werden auf Rittergütern gezogen; die kleinen Bauern würden von höheren Preisen nur sehr geringen Vorteil haben, das Fett abschöpfen die Großen ab. (Abg. Rogalla v. Wiberstein (K.): War keine Ahnung!) Daß Sie es nicht zugeben, ist selbstverständlich, Sie behaupten sogar, die Pferdezüchter geben noch Geld zu. Aber

### wer die preussischen Agavier kennt.

weiß, daß sie aus purer Liebe um Vaterlande kein Geld zu geben. (Zuruf bei den Soz.) Herrn Gyßlings Ausführungen waren ja sichtlich nicht von parteipolitischen Erwägungen eingegeben (Große Heiterkeit.) er hat mich nicht überzeugen

können, daß die Preise für die Remonten nicht zu hoch sind“ (Beif. b. d. Soz.)

Frhr. v. Gamp (Np.): Auf den Gütern, die ich gekauft habe, habe ich sofort die Remontenzucht abgekauft, weil sie unrentabel ist; die Großgrundbesitzer schöpfen das Fett also nicht ab, Herr Roßke. (Sehr gut! rechts.)

### Über Herrn Gyßlings Ausführungen habe ich mich geäuert;

hoffentlich wird er bei einem neuen Posttarif mit uns für einen kräftigen Pferdebesitz stimmen. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.)

Fegler (Sp.): Die Ausführungen des Abg. Roßke, daß der Großgrundbesitzer das Fett abschöpft, trifft gerade bei der Pferdebeziehung nicht zu. Der Redner verbreitet sich dann über Warm- und Kaltblutzucht, über Voll- und Halbblutzucht und betont, Gyßling habe nicht aus Wahlrücken gesprochen, sondern nur aus sachlichen Gründen. Wahrscheinlich hier zu halten, haben die Mitglieder der Volkspartei hier nicht nötig. (Heiterkeit b. d. Soz.)

Rogalla v. Wiberstein (K.) betont nochmals, daß die ostpreussischen Züchter Preise bekommen, welche die Produktionskosten nicht decken und gibt dem Abg. Roßke den Rat, ihm sein Rittergut abzukaufen.

Dr. Vecker-Röhl (Z.): Herr Roßke weiß doch, daß alle Preise, die Futtermittel etc., gestiegen sind, und da sollen die Landwirte mit den Preisen der Pferde nicht folgen! Höhere Löhne sollen die Landwirte ihren Arbeitern zahlen, aber woher sollen sie die Mittel dazu nehmen. Redner betont dann, daß gerade die kleinen Bauern die Pferdebeziehung betreiben.

Roßke (SD.): Wenn die Debatte noch eine Weile weiter geht, werden die Herren rechts und aus der Mitte uns noch erzählen, die Pferdepreise müssen erhöht werden — im Interesse der Proletarier. Die kleinen Leute ziehen meines Wissens Kariakows und Hegen, nicht Pferde. (Zuruf links.) Herr Rogalla v. Wiberstein hat wiederholt behauptet, die Güterbesitzer seien bei der Pferdebeziehung zu. Ach, so sehen die Herren nicht aus, als ob sie aus reiner Vaterlandsliebe Geld zu geben. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Herren verstehen es, ihre parlamentarische Macht auszunutzen, um hohe Preise für sich zu erzielen. (Lebh. Zustimmung bei d. Soz.)

Generalmajor Wandel: Im Jahre 1910 haben die Preise für die Remontepferde sich in den Grenzen des Stats gehalten, bemerken will ich auch noch, daß wir die größte Zahl von kleinen Besitzern gekauft haben, nicht von Großen.

Schaffsekretär Weremuth erklärt, daß der finanziellen Seite der Remontenbeschaffung die größte Aufmerksamkeit geschenkt werde, da es sich um einen Vollen handle, der binnen weniger Jahre von 6 auf 11 Millionen Mark gestiegen sei. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Die Debatte schließt. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Militär-Turnanstalt“ begründet

Dr. Müller-Meinungen (Sp.) eine Resolution seiner Partei, die den Reichskanzler um Erwägungen darüber ersucht, wie hervorragend turnerisch ausgebildeten Militärpflichtigen Vergünstigungen — etwa in bezug auf Dienstzeit und Avancement — gewährt werden können. — Redner behauptet, daß in der militärpolitischen Generaldebatte der Kriegsminister sich etwas ironisch zu der Anregung gestellt habe. Der Kriegsminister habe u. a. gemeint, auch die Schwimmer z. B. könnten dann mit solchen Forderungen kommen. Aber man könne doch nicht die Schwimmkunst mit der so viel umfassenderen Turnkunst in Parallele stellen. (Zuruf links.)

Cuno (Sp.) schließt sich diesen Ausführungen an und verweist auf die große Bedeutung, die vor 100 Jahren das Turnen auf die nationale Wiedergeburt Deutschlands und Preußens gehabt habe. — Redner tadelt die Bekämpfung der sog. sozialdemokratischen Turnvereine durch den preussischen Kultusminister.

Kriegsminister von Heeringen: Unter voller Würdigung der hohen Bedeutung des Turnens bitte ich doch um Ablehnung der Resolution. Auf eine weitere Verkürzung der Dienstzeit der Infanterie kann sich die Militärverwaltung nicht einlassen. Man darf auch nicht so weit gehen, die gute turnerische Ausbildung als identisch mit militärischer Tüchtigkeit überhaupt zu sehen. Es ist nicht anständig, gerade die tüchtigsten Leute nach einem Jahre zu entlassen; dann bleiben nur die weniger Tüchtigen als zweiter Jahrgang übrig, und der Wert des zweiten Jahres und damit der zweijährigen Dienstzeit überhaupt, wird empfindlich herabgemindert. Daß dagegen aus guter turnerischer Ausbildung Vorteile für das Avancement erwachsen, ist zweifellos.

Dr. Gierke (Np.): Wir würden geneigt sein, für die Resolution zu stimmen, wenn aus ihr die speziellen Vorschläge — Verkürzung der Dienstzeit und Avancementsbegünstigungen — herausgenommen werden. (Beifall bei den Natlb.)

von Richthofen (K.): Wir haben die größte Sympathie für das deutsche Turnwesen und die deutsche Turnerschaft, aber wir sind Gegner aller Privilegien. (Schallende Heiterkeit links.) Wir müssen daher die Resolution ablehnen. (Beifall rechts.)

Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Also die Konventionen sind Gegner der Privilegien. (Heiterkeit links.) Wir sind bereit, die vom Kollegen Gierke angeforderten Worte aus der Resolution herauszunehmen.

Schöpflin (SD.): Wir wissen, wie große Bedeutung die Körperpflege für die gesamte Volksgesundheit hat, wie sie besonders für das Proletariat notwendig ist, um es vor Degeneration zu schützen. Wir verlangen daher, daß Reich, Staat und Gemeinden zusammenwirken, um das

### Turnwesen zu fördern.

Wir wissen aber auch, wie sehr man uns Schwierigkeiten in den Weg legt, wenn wir uns bemühen, die Arbeiterschaft für das Turnen zu gewinnen. (Zuruf wahr! b. d. Soz.) Wie sehr werden die

### Arbeiterturnvereine schikaniert!

In unserer Sympathie für die Sache des Turnens ist nicht zu zweifeln. Wenn wir trotzdem die fortschrittliche Resolution in ihrer ursprünglichen Gestalt ablehnen, so geschieht das, weil wir keine Privilegien wollen. Wir wollen allgemeine Verkürzung der Dienstzeit, nicht Verkürzung der Dienstzeit für einzelne Kategorien. (Zuruf wahr! b. d. Soz.) Der fortschrittliche Antrag ist eine

### Bittenscarte,

die die Fortschrittspartei bei der deutschen Turnerschaft abgibt. (Zuruf wahr! b. d. Soz., i. Zentr. und rechts.) Daß, wenn die turnerische Ausbildung militärisch privilegiert werden würde, die Freie Turnerschaft an der Privilegierung nicht teilhaben würde, versteht sich bei dem ausnahmsgeleslichen Geist der Militärverwaltung von selbst. (Zuruf wahr! b. d. Soz.) Ich kann als alter Turner — ich habe 14 Jahre der Deutschen Turnerschaft, dann der Freien Turnerschaft angehört — bezeugen, daß die turnerischen Leistungen der Freien Turnerschaft sich mindestens auf der Höhe der Leistungen anderer Turnerorganisationen bewegen. Aber

### der Geist der Freiheit.

der in der Freien Turnerschaft weht, macht sie bei den Herrschenden verhaßt. Aus allen diesen Gründen können wir trotz unserer Sympathie mit dem Turnwesen nicht für die Resolution Müller-Meinungen stimmen. (Beifall bei den Soz.)

Dr. Pfeiffer (Z.): Kollege Schöpflin hat ganz recht; mit ihrer Resolution beabsichtigt die Fortschrittspartei sich bei der deutschen Turnerschaft in empfindliche Erinnerung zu bringen. (Zuruf b. d. Fortschritt. Bot.) Wenn die angeforderten Worte aus der Resolution herausgenommen werden, ist sie gegenstandslos. (Zuruf richtig im Zentr. und rechts) und damit überflüssig; enthält sie die Worte, so ist sie unannehmbar. — Wir werden gegen sie stimmen, obwohl auch wir selbstredend die größten Sympathien für das Turnen haben.

## Der Mexikaner.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(8. Fortsetzung.)

Aber selbst nicht ohne Gefahr war dieser erste Weg; denn amerikanisches Gefindel hatte in der letzten Zeit angefangen, den von Kalifornien zurückkehrenden und meistens goldbeschwerten Reisenden aufzulauern und sie zu überfallen und zu berauben. Ja sogar verschiedene Marsdarten waren verübt worden, so daß sich niemand mehr allein über den Isthmus getraute, sondern die Reisenden, wenn der Dampfer in Panama landete, jedes mal geschlossene und gut bewaffnete Züge bildeten, von denen die Strauchdiebe dann wohl die Hände lassen mußten.

So geschah es auch hier. Der Dampfer von San Francisco hatte eigentlich auch gerade in dieser Zeit ein-treffen sollen, war aber ausgeblieben, und da die vom Süden kommenden Passagiere ebenfalls schon einen ganz ansehnlichen Zug stellen konnten, beschloßen sie, nicht auf das Unbestimmte in dem überdies entsetzlich teuren Panama zu warten, sondern umgefaßt ihre kleine Karawane zu ordnen und aufzubrechen.

Das geschah am dritten Tage nach ihrer Ankunft, und so arg mußten es die Isthmus-Kräder doch in der letzten Zeit getrieben haben, daß sich die Neu-Granadiensische Regierung sogar veranlaßt sah, den Reisenden als Schutz eine kleine Abteilung Kavallerie mitzugeben, um ihre Truppe zu verstärken und sicherzustellen. Es waren, besonders von Amerika, zu viel Reklamationen eingelaufen, und man wollte doch wenigstens zeigen, daß man den guten Willen hatte, Fremden Sicherheit im eigenen Lande zu gewähren. Viel war es immer nicht, denn bei dem überall einer größeren Horde hätten sich die Neu-Granadiensischen Soldaten auch wahrscheinlich nicht lange aufgehalten. Was sollten sie ihr kostbares Leben einer Anzahl Fremder wegen aufs Spiel stellen?

Der Trupp war aber doch so zahlreich geworden, daß sie allein durch den Säten, den sie machten, Achtung ein-flößen konnten, und mit gutem Mut begannen sie die Tour, die freilich schon an und für sich durch den weichen, morastigen Boden und die ewigen Regen in Mittel-Amerika genug des Unangenehmen bot — ohne noch Kräubern und Wörbern auf der Straße zu be-ggenn.

Madame Vockenheim stand aber noch, ehe sie aufbrachen, eine Überraschung bevor; denn als an dem Morgen im Hof des Panama-Hotels die Maultiere vorgeführt wurden, um beladen zu werden, meldete sich plötzlich der gefällige Kellner vom Dampfboot, der stumme Pablo, bei ihnen und zeigte so viel Freude und machte ihr durch Zeichen so klar, daß er ebenfalls über den Isthmus und sie unterwegs bedienen wolle, daß sie den Vurschen augenblicklich engagierte. Ein treuer Diener war auf einer solchen Reise allerdings von unschätzbarem Wert, und Vockenheim, der mit Maultieren nicht besonders umzu-gehen mußte, zeigte sich mit der neuen Akquisition vollkom-men einverstanden.

Pablo verstand seine Sache aus dem Grunde. Er sah augenblicklich die Packsäcke der Maultiere nach und warf den einen, der nicht ordentlich aufgelegt schien, ohne weiteres wieder hinab, um die darunter liegenden Decken frisch zu ordnen, damit die Tiere nicht wund gedrückt wür-den. Dann sprang er hinauf, um das Gepäck zu holen, und wenn Vockenheim das auch lieber selber besorgt hätte — denn die kleinen Kolln enthielten viel Gold und waren schwer — so hatten sie ja doch in so starker Begleitung nichts zu fürch-ten, und der arme stumme Mensch konnte auch nichts aus-plaudern, und schien überhaupt sehr stiller, friedlicher Natur.

Durch Pablos Hilfe gelang es ihm auch recht rascher, mit all seinen Vorbereitungen zustande zu kommen, als das sonst wahrscheinlich der Fall gewesen wäre, und kaum eine Stunde später setzte sich der Zug in Bewegung, umso bald als möglich die Ufer des Atlantischen Ozeans zu erreichen.

### 4. Auf dem Chagresfluß.

Es war in der Tat eine mühsame Tour. Wer noch nie diese tropische, dicht bewaldete und von ewigem Regen feucht gehaltene Wildnis durchwandert hat, kann sich wirklich keinen Begriff von den Schwierigkeiten machen, die sich da dem Rei-senden entgegenstellen und ihm überall Hindernisse in den Weg werfen.

Die Vegetation ist ungläublich, und während Palmen und Raubhölzer ein aufsehend festes Dach über den Wanderer wölben, daß kein Sonnenstrahl wenigstens auf den Boden fallen, keine frische Brise seine heiße Stirn kühlen kann, läßt es den niedersinkenden Regen in Strömen durch, denn jedes Palmblatt bildet eine be-sondere Wasserinne. Der Boden wird dadurch natürlich fortwährend naß und weich gehalten, jumpige Strecken durchziehen nach allen Richtungen hin den Pfad, so daß

die Maultiere bald hier, bald da bis über die Knie im Morast versinken und manchmal durch die Treiber selber wieder herausgehoben und auf die Füße gebracht werden müssen. Und dabei dies oft undurchdringliche Unterholz mit dornigen Schlingpflanzen, breiten, nassen Blättern, Ratur-schlingeln und niederen Büschen, durch das man sich an vielen Stellen die Bahn mit dem Messer oder der macheta hauen muß, und in welchem die Tiere trotzdem überall hängen bleiben.

Kein Wunder, daß man auf solchem Boden nur kleine, sehr kleine Tagereisen machen kann. Den Abend verbringen die total durchnässten Reisenden dann unter einem von Balmenblättern rasch hergestellten und sogenannten Rancho, unter dem sie wenigstens trocken liegen. Außerdem ist auch das Klima so warm, daß ihnen die Masse selber nichts schadet, denn Gefaltungen kommen dort nicht vor.

Hier aber, im ersten Nachtlager, zeigte sich erst, welchen vortrefflichen Begleiter die Familie Vockenheim auf ihrem Wege gewonnen hatte, denn Pablo schien im Urwald und bei einem niederströmenden Regen unbezahlbar. Ohne dazu beauftragt zu sein, lud er die Maultiere ab, brachte das Ge-päck zusammen auf einen engen Raum, legte die Decken darüber und über diese die Packsäcke, und ging dann mit einem kleinen Weil, das er jedenfalls nur zu diesem Zweck bei sich führte, augenblicklich daran, eine Palme zu fällen, die Blätter derselben dann zu spalten und nach einer passenden Stelle zu schaffen, wo er das Lager für seine neue Herrschaft aufzu-schlagen gedachte. Rasch hatte er jetzt Wädhle gehauen und in den Boden gerammt, Querhölzer darüber gelegt und bedeckte die temporäre Hütte dann mit Palmzweigen so fest und dicht, daß auch kein Tropfen Regen hindurchbringen konnte.

Auch weiche breite Blätter suchte er aus, um ein be-quemes Lager zu bereiten, und schichtete sie dick unter dem Balmendach auf, so daß Vockenheim und seine Frau, wie sie nur erst ihr Gepäck an sich genommen und ihre Decken ausgebreitet hatten, so bequem und weich wie in einem Bette lagen.

Dabei sorgte der stumme Diener für alles, bereitete ihnen das Abendbrot, zog sich dann auf sein eigenes Lager am äußersten Rand des Blätterdachs zurück, und hatte am nächsten Morgen ihre Maultiere zuerst von allen beigetrieben und gefüttert.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Müller-Meinungen (Vpt.) polemisiert gegen die Abgeordneten Schöpflin und Dr. Pfeiffer. (Zuruf i. Zentrum: Unaufrichtig! Heiterkeit.) Die abgeänderte Resolution Dr. Müller-Meinungen wird gegen die Stimmen der Liberalen abgelehnt.

Das Kapitel „Artillerie und Waffengewesen“, sowie „technische Institute“ werden miteinander verbunden.  
Eine Resolution Schiffer-Schirmer (Z.) verlangt den Ausbau der Arbeiterausschüsse in den Militärbetrieben im Sinne wirksamer Vertretung der Arbeiterinteressen.

Eine Resolution Giesberts-Schirmer (Z.) verlangt Aufhebung der Löhne der in den Militärbetrieben beschäftigten Arbeiter bis mindestens auf die Höhe der an den betr. Orten gezahlten Tariflöhne und Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Eine Resolution Albrecht (SD.) verlangt, daß Arbeiten und Lieferungen für die Heeresverwaltung nur an Firmen vergeben werden, die die gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitsbedingungen einhalten und zum Abschluß von Tarifverträgen bereit sind, sowie, daß die Festsetzung und Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Betrieben der Heeresverwaltung unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorgenommen werden.

Dr. Weber (Vpt.) wünscht, daß den Arbeitern und Handwerkern in den Werkstätten dieselben Teuerungszulagen gewährt werden wie den Schreibern.

Schirmer (Z.) beantwortet die beiden Resolutionen des Zentrums; die Mitglieder der Ausschüsse müssen sich doch mit ihren Wählern beraten und deren Wünsche den vorgelegten Dienststellen vorbringen können. Ebenfalls ist die Forderung unbillig, daß die Löhne die tarifliche Höhe erreichen; in den staatlichen Werkstätten dürften die Löhne nicht niedriger sein als in gleichartigen Privatbetrieben. Die Arbeiter wünschen, daß die gesetzlichen Feiertage bezahlt werden. Trotzdem sich der Reichstag dieser Forderung angeschlossen hat, ist in dieser Richtung noch nichts geschehen. Militärisch wird auch die Frage der Pensionstafel von der preussischen Heeresverwaltung behandelt, so daß wir nicht vorwärts kommen. — Das Petitions- und Versammlungsrecht soll dem Arbeiter nicht verweigert werden, das wünschen auch die national-gesinnten Arbeiter. Der Redner klagt über Vergrößerung der christlichen Arbeiter in den Militärwerkstätten durch sozialdemokratische, wird aber vom

Vizepräsidenten Schulz darauf verwiesen, daß das nicht zur Sache gehört.

Baule-Boisdam (R.) bittet, die dritte Lohnstufe der Etätelöhne für alle Handwerker in den militärischen Instituten zu beteiligen, wie es auch die Pension des Bundes der Handwerker der kaiserlich-königlichen technischen Institute in Spandau verlangt und verbreitet sich dann über einige weitere Wünsche der Militärangehörigen. Nach seiner Meinung soll die Heeresverwaltung die christlichen Organisationen nicht bevorzugen, wohl aber die Organisationen begünstigen, die aus den Arbeitern der Betriebe selbst bestehen.

Generalmajor Wandel betont den guten Willen der Militärverwaltung, mit den Löhnen in die Höhe zu gehen. Vielfach sei auch eine Besserung eingetreten, doch müsse die Militärverwaltung auch auf die Privatindustrie Rücksicht nehmen.

Böhle (SD.): Der Kollege Schirmer hat es sich nicht verkneifen können, gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen; aber aus seiner Scharmacherei spricht nur der Ärger, daß die Sozialdemokratie das Zentrum aus der Gunst der Militärangehörigen verdrängt; die nächsten Wahlen werden das beweisen. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Der Kollege Schirmer hat auch vom „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften gegen die christlichen Arbeiter gesprochen und einen Fall aus dem bayerischen Kurier erzählt, einem keineswegs wahrheitsliebenden Blatte. Sollte der Fall wirklich sich so zugetragen haben, so wäre er zu mißbilligen, aber wir können auch mit sehr zahlreichen Fällen aufwarten, in denen die freien Gewerkschaften von christlichen Arbeitern terrorisiert werden.

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich bitte, die Organisationsstreitigkeiten beim Militärretat nicht zu behandeln. (Zuruf b. d. Soz.: Herr Schirmer hat doch damit begonnen.)

Böhle (fortfahrend): Die Militärverwaltung steht nach ihrer Behauptung den Arbeiterausschüssen sympathisch gegenüber, aber bei den Direktoren ist von dieser Sympathie herzlich wenig zu spüren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Schirmer beklagt, daß die Petitionen der Arbeiter in der

Budgetkommission keine Berücksichtigung gefunden haben. Wir haben diese Berücksichtigung verlangt, aber Herr Erzbischof verhinderte es, bei ihm mag sich sein Fraktionskollege beklagen. (Zuruf i. Z.)

Vizepräsident Dr. Spahn (mit scharfer Stimme): Ich bitte Sie, Zwischenrufe zu unterlassen. (Zuruf bei den Soz.: Kinder seid artig! Große Heiterkeit.)

Böhle (fortfahrend): Das Zentrum ist immer groß im Verprechen.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wenn es gilt, die Versprechungen zu halten, dann verliert es. Wahrscheinlich wird das Zentrum auch bei der dritten Lesung der Arbeitskammerprotokolle darauf verzichten, die Staats- und Militärarbeiter in das Gesetz einzubeziehen. (Sehr wahr! bei den Soz., Zuruf im Zentrum: Abwarten!) Bei einer eingehenden Zergliederung der den Straßburger Militärarbeitern gewährten Zulagen ergibt sich, daß durch Verletzung der Verkehrsverhältnisse und durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Zulage zum größten Teil wieder aufgefressen wird. Was bleibt, deckt in keiner Weise die durch die Verteuerung der Lebensmittel den Arbeitern erwachsende Verteuerung der Lebenshaltung. Große Schimpferien sind noch immer in den Militärwerkstätten gang und gäbe: Rosenamen wie „Kammell“, „Rote Bande“ usw. sind an der Tagesordnung. Die sogenannte Disziplin arte: zu

alberner Kleinlichkeitsstrammerci

aus. Der Kriegsminister hat gestern, als schon die Vertagung im Gange war und die Debatte tatsächlich geschlossen war, gegen Ausführungen polemisiert, die ich im vorigen Jahre hier gemacht habe. Er hat die Richtigkeit verschiedener Tatsachen in Zweifel gezogen, die ich damals ausgeführt habe; demgegenüber verweise ich auf das Protokoll der Verhandlungen des Straßburger Arbeiterausschusses. Es ist Tatsache, daß der Oberst Rothe Arbeiter, die über zwei Wochen krank sind, mit Entlassung bedroht hat: es ist Tatsache, daß der Arbeiterausschuß sich gegen den Anschlag wandte, der diese Drohung enthielt, und es ist Tatsache, daß der Vorsitzende des Arbeiterausschusses wegen dieses Protestes mit Entlassung bedroht wurde. (Lebhafte Hör. hört! bei den Soz.) Ebenso können alle Behauptungen des Kriegsministers die Rundgebung der Militärarbeiter von Straßburg gegen meine Ausführungen nicht zu einer freiwilligen machen. Es sind von Vorarbeitern während der Arbeitszeit, was sonst auf das allerhöchste verboten ist, Unterschriften gesammelt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Was das bedeutet, das weiß jeder, der die einschlägigen Verhältnisse kennt. Es stelle der Herr Kriegsminister noch eine neue Untersuchung an, vielleicht kommt dann die Wahrheit heraus. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen: Ich habe gestern bis zum Schluß gewartet, weil ich glaube, der Abg. Böhle würde selbst seine Ausführungen vom vorigen Jahre richtigstellen. Ich bleibe dabei, daß der Protest freiwillig unterschrieben worden ist. Die Arbeiter haben das bei der Untersuchung bestritten, und der Abg. Böhle hat kein Recht, ihnen Meineid vorzuwerfen. (Bravo! rechts.)

Dr. Böttcher (Vpt.): Das Zentrum fordert in einer späteren Resolution dazu auf, den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, wie die Versorgung der invaliden Arbeiter sowie der Witwen und Waisen, der Militärarbeiter besser ausgebaut werden kann. Dieser Antrag ist bezeichnend für das Zentrum: der Reichskanzler soll „Erwägungen anstellen“ über etwas ganz Selbstverständliches. Der Antrag ist lediglich ein Reklameantrag, ein Wahlmandat. (Lebh. Zus. links.)

Redner geht dann auf die Wünsche einzelner Kategorien von Beamten und Arbeitern der Militärwerkstätten ein.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung.

Persönlich bemerkt:

Böhle (SD.): Es sei ihm nicht eingefallen, die Arbeiter des Bekleidungsamts in Erzhurg des Meineides zu beschuldigen; er habe betont, daß der Vorarbeiter Schoch den Arbeitern während der Arbeitszeit den Protest zur Unterschrift vorgelegt habe und daß die Arbeiter hierin einen Befehl erblicken mußten; die Frage, ob sie in dieser Art der Aufforderung zur Unterschrift einen Befehl erblickt haben, sei ihnen in der Untersuchung garnicht vorgelegt worden.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)  
Schluß 7 1/2 Uhr.

## Aus Nah und Fern.

**Polizeipräsident v. Jagow und die Schauspielerin.**  
Der Berliner Polizeipräsident v. Jagow, dessen Stellung trotz seiner tollen Maßnahmen gelegentlich der Wahlrechtsdemonstrationen, trotz Moabit unerklärlich schien, scheint jetzt über eine — Weibergeschichte klären zu sollen. v. Jagow wohnte der Generalprobe des urprünglich aus Sittlichkeitsgründen verbotenen Sternheimischen Stükes „Die Hölle“ in den „Kammerpielen“ bei, um die Komödie noch einmal auf ihre Moral zu prüfen, worauf sie dann unter dem neuen Titel „Der Riese“ in Szene ging. Im Zuschauerraum machte der Polizeipräsident die Bekanntschaft der Frau Lilla Durieux, die — was er nicht wußte — mit Paul Cassirer, dem Kunstbändler und Verleger des „Ban“ verheiratet ist, und am nächsten Tage schrieb er an die Künstlerin einen Brief, der ungeschicklich mit den Worten begann: „Da ich als Zensor mich mit den Berliner Theaterverhältnissen vertraut zu machen habe“, und in dem Herr v. Jagow zu „Sonntag nachmittag um fünf“ seinen Besuch versagte. Antwort war mit dem Vermerk „Eigene Hände“ nach dem Polizeipräsidenten erbeten. Frau Durieux gab den Brief ihrem Gatten, der sich in einem Schreiben an Herrn v. Jagow solche Annäherungsversuche verbat. Ein Freund des Polizeipräsidenten, ein Rittmeister, suchte dann Herrn Cassirer auf und gab die Erklärung ab, daß Herr v. Jagow absolut keine unlaute Absichten gehabt, und die Affäre schien damit beendet zu sein. Indes waren politische Freunde des Herrn Cassirer der Meinung, daß die Sache damit noch nicht beendet sein sollte, zumal der Polizeipräsident die Strenge seiner sittlichen Anschauungen erst kürzlich dadurch bekräftigt hatte, daß er den „Ban“ wegen der Veröffentlichungen aus dem Tagebuch von Guilan Plaubert konfisziert ließ. Der „Ban“ wird deshalb in seiner nächsten Nummer eine Darstellung der Angelegenheit bringen.

Auf eine Anfrage hat v. Jagow erklärt: „Was der Ban gegen mich persönlich schreibt, ist mir gleichgültig.“

Will er sich über die Handhabung der Zensur beschweren, so möge er den Justizwegen beschreiten.“

Die „Berliner Volkszeitung“ bringt in ihrer Mittwoch-Abend-Ausgabe nun aber folgende Meldung, die in starkem Widerspruch mit dieser zur Schau getragenen Würstlichkeit steht:

„Kurz vor Schluß des Blattes geht uns die Nachricht zu, daß Polizeipräsident v. Jagow mit Rücksicht auf die Briefaffäre, in deren Mittelpunkt er steht, eine Disziplinäruntersuchung gegen sich selbst beantragt habe und eingeschlossen sei, unter allen Umständen von seinem Posten zurückzutreten.“  
Wir ersuchten telephonisch das Polizeipräsidentium um eine Erklärung zu der Meldung; es wurde uns aber gesagt, der Polizeipräsident lehne es ab, sich zu äußern; was in der Zeitung stehe, gehe ihn nichts an. — Wie ein Dementi der „Volkszeitung“-Meldung sieht diese Auskunft nicht aus.

**Die Offiziere sind zu grüßen.** Wie sehr man in Preußen betreibt ist, dem Zivil den Keppel vor der Uniform beizubringen, beweist ein Beispiel aus Juckerburg. In dieser Garnisonstadt werden in einer Kaserne durch Zerkographie vervielfältigte Erlaubnisarten folgenden Inhalts ausgegeben:

Erlaubnisarte Nr. . . . .  
Zum Betreten des Kasernements des Feldartillerie-Regiments Nr. 37  
für . . . . .  
Gültig bis 31. Dezember 1911.  
Juckerburg, den 1. Januar 1911.  
(gez.) Lehmann,  
Oberst und Regiments-Kommandeur.  
Auf der Rückseite der Karte befindet sich folgender Satz:  
„Innerhalb des Kasernements sind die Offiziere zu grüßen.“  
Die Karte, der diese Zeilen entnommen sind, war für eine Frau ausgestellt. Wir vermischen hier die Anordnung, daß die Frauen und Mädchen, Hände an der Hosennaht, vor jedem Offizier stramm stehen müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwan & Co. Dr. Friedr. Meyer & Co.  
Ermittelt in Lübeck.

Fa. festes Rindfleisch Pfd. 70.-  
„ Bratenstücke Pfd. 75.-  
„ Schweinefleisch „ 75.-  
„ Bratenstücke „ 80.-  
„ weißes Schmalz „ 80.-  
bei Abnahme von 4 Pfd. a 75.-  
„ Kopffleisch Pfd. 43.-  
„ Brät-, Brot- u. Lohrwurst.  
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:  
**Heiße Ananwürst.**

**Friedr. Green**  
Kupferschmiedestr. 14.

**Preis-Stat**  
am Sonnabend, d. 4. März,  
im „Laudhans“, Gartenb. Allee 28.  
Hierzu ladet alle Freunde und  
Gönner ein Der Stammtisch.

**Einladung zum**  
**BALL**  
verbunden mit  
**Kappen-Fest**  
des  
**Gefangenen Liedes-Suk**  
am Sonnabend, 4. März 1911  
im Lokale „Friedrichshof“  
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintrittsgeld 50 Pf.  
Das Komitee.

# Carl Folkers Möbelgeschäft

Marlesgrube 25, 30 und 32

empfehlte nach vollendeter Vergrößerung dauerhaft gearbeitete vollständige

## bürgerl. Wohnungseinrichtungen

zu billigsten Preisen. Anerkannt vorzüglichste Polsterung.  
Große Auswahl in Plüsch, Möbelstoffen, Gardinen, Portieren, Trumeaus u. Spiegeln  
in allen Preisen.

Durch Neuerrichtung eines 150 q-Meter großen Ladens

## Marlesgrube 30, dem Hauptgeschäft gegenüber,

bin ich in der Lage, meiner werten Kundschaft eine

## Spezial-Ausstellung kompletter Schlafzimmer-Einrichtungen

zu bieten. Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet. Von den einfachsten lackierten bis zu den  
feinsten echten Holzeinrichtungen, wie Eiche, Mahagoni, Satin stets auf Lager.

In meinem Hause Marlesgrube 32, ebenfalls dem Hauptgeschäft gegenüber, habe ich eine

## Abteilung für Küchen

eingerrichtet. Große Auswahl in Naturholz, sowie in jeder Holzart gestrich. u. lackierter Einrichtungen.

Für sämtliche bei mir gekauften Möbel übernehme ich langjährige Garantie.

Lieferung frei Haus in eigenem Möbeltransportwagen.

Eigene Tischler- und Polsterwerkstätten.

Musterbücher jederzeit gratis und franko zur Verfügung.

Bei Barzahlung Rabatt. — Teilzahlung gestattet.

Der Verkauf findet nur im Hauptgeschäft

**Marlesgrube 25** statt.

Indem ich zu einem Besuch freundlichst einlade, zeichne

hochachtend

**Carl Folkers.**

## Holsten-Automat

G. m. b. H. Holstenstr. 14.  
Warme und kalte Speisen.  
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.  
Helles und dunkles Bier 10 Pf.  
Fremden und hiesigem Publikum  
bestens empfohlen.

Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

## Stadthallentheater.

Sonntag, 5. März. Abends 8 Uhr.

## Der König (Le Roi).

Luxuspiel von Gaillet u. de Fiers.  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14, und  
Kob. Koblmarkt 13

## Neues Stadttheater.

Sonabend, 4. März. 7 1/2 Uhr.  
Voll-Ab. 145. Sonnabend-Ab. 24.

## Bei kleinen Preisen!

## Heimat.

Schauspiel von S. Sudermann.  
Sonntag, 5. März. Nachm. 3 Uhr.

## Bei kleinen Preisen!

## Die geschiedene Frau.

Operette von Leo Fall.  
Sonntag, 5. März. Abds. 7 1/2 Uhr.  
Gewöhnliche Opern-Preise!

Leitete Gasp. b. Hofopernängeria

## Lily Herking

vom Herzogl. Hoftheater in Dessau.

## Mignon.

Oper von A. Thomas.  
Vorläufige Anzeige.  
Dienstag, 7. März. 7 1/2 Uhr.

## Uraufführung!

## MODELLE.

Schauspiel von Johannes Tralow.